

Der Nordschleswiger

DIENSTAG, 29. MÄRZ 1955

Minderheiten-Erklärungen in Bonn unterzeichnet

Adenauer und Hansen befriedigt — 5-Prozent-Klausel soll fallen
Volle Schulfreiheit für deutsche Nordschleswiger

Verhandlungsbeginn am
28. Februar

Deutsch-dänische Minderheitenverhandlungen in Kopenhagen

Aktuelle Fragen im Hauptvorstand

Erörterung der Minderheitenverhandlungen im Bund deutscher
Nordschleswiger — Die Arbeit der deutschen Selbsthilfe

Wortlaut des Notenwechsels veröffentlicht

Günstiges Klima für den Abschluß der Minderheitenverhandlungen

Das Schlußkommuniqué von Kopenhagen — Eine „Hauptlinie“ vereinbart

von Hassel: Nicht alles, aber
Wesentliches erreicht
„Kieler Erklärung überholt“ / Weiter für Kontaktausschuß

Reise H. C. Hansens nach Bonn

Auf Einladung Dr. Adenauers: Abschluß der Minderheitenverhandlungen am 29. März

„Grenze gesichertes Faktum“
CDU-Abg. Rasner erhofft weitere Klimaverbesserung

Das Bonner Ergebnis im Wortlaut

Deutsch-dänische Grundsätze über die Rechte der Minderheiten

Vor den Verhandlungen Bonn—Kopenhagen

Die Zusammensetzung der dänischen Delegation — Noch keine Stellungnahme
des Hauptvorstandes

Paris erstaunt und verblüfft
Was hat Südschleswig mit der NATO zu tun?
Unangenehmer Vergleich mit dem Saargebiet
Die Südschleswig-Mission des dänischen Außenministers
Von unserem Korrespondenten in Kopenhagen

Pariser Verträge und Kopenhagener Erklärung vom Folketing bestätigt

145 gegen 24 für Ratifizierung — Nur Frau Refslund-Thomsen und die
Kommunisten stimmten gegen die Minderheitenerklärung

Stellungnahme des Hauptvorstandes zu den Minderheitenverhandlungen

Der Bund deutscher Nordschleswiger erwartet neue, positive Entwicklung
Einberufung einer Delegiertenversammlung — Konsequenzen der Folketingsdebatte

Vier Empfehlungen
der deutschen Minderheit
Beschlissen auf der außerordentlichen
Delegiertenversammlung in Tingleff

Positives Echo in Kopenhagen
Nach Bonn: Stein des Anstoßes zwischen den Nationen beseitigt

Deutsch-dänisches Gespräch:

Wahlklausel und Examensklausel

Minderheitenverhandlungen in Bonn oder Kopenhagen wahrscheinlich
Bögh-Andersen für Aufhebung der Examensklausel — Meinungen am „runden Tisch“
in der Röddinger Hochschule

H. C. Hansen sprach im NATO-Rat

Erwartet deutsches Verständnis für die parlamentarische Vertretung der Minderheit
Norwegens Außenminister unterstützt H. C. Hansen

Der 29. März 1955 brachte eine entscheidende Wende

Was haben die Minderheiten-Erklärungen in der Vergangenheit bewirkt und was bedeuten sie für die Zukunft der Volksgruppe?
Von Generalsekretär Peter Iver Johannsen, der noch nicht alle Probleme im Geiste der Erklärungen gelöst sieht . . .

In diesem Jahr sind es 60 Jahre her, daß die Grenze zwischen Dänemark und Deutschland nach einer Volksabstimmung dort gezogen wurde, wo sie heute liegt, und seit eben diesen 60 Jahren gibt es eine deutsche Volksgruppe in Dänemark. Von 1920 bis heute hat sich die Szenerie im deutsch-dänischen Grenzland stark gewandelt. Von der Konfrontation in den zwanziger und dreißiger Jahren, verschärft durch die Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen im zweiten Weltkrieg, sind wir über die Loyalitätserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger im Jahre 1945 und die Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen aus dem Jahre 1955 zu einer partnerschaftlichen Kooperation gekommen. In dieser Entwicklung kommt den Minderheitenerklärungen, die vor 25 Jahren abgegeben worden sind, eine außerordentlich große Bedeutung zu, und ich möchte nunmehr einige Hinweise dazu geben, was die Erklärungen speziell für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig bewirkt haben, und was sie für die Zukunft bedeuten. Aus heutiger Sicht bedeutet der 29. März 1955 eine entscheidende Wende im Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark und zwischen Deutschland und Dänen in Nord- und Südschleswig. Bis dahin bestand zwischen Deutschen und Dänen, vor allem als Folge der Besetzung Dänemarks und der damit verbundenen Ereignisse, politisch und wohl auch menschlich eine tiefe Kluft. Das galt weitgehend auch für das Verhältnis der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig zur dänischen Mehrheitsbevölkerung und umgekehrt.

1954/55 kam es dann in Verbindung mit der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Nato zu Verhandlungen zwischen beiden Staaten zwecks Normalisierung der Verhältnisse, in die die Minderheitenproblematik mit einbezogen wurde. Als der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer und der damalige dänische Staatsminister H. C. Hansen im März 1955 in Bonn die Erklärungen in Bezug auf die Stellung und Rechte der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum austauschten, war ein sichtbarer Schritt zur Überwindung von Spannungen und tiefen Gegensätzen, die die beiden Nachbarvölker über ein Jahrhundert lang schwer belastet haben, getan. Das war der Beginn einer historischen Klimawende in unserem Grenzland.

Die Minderheitenerklärungen sind keine Verträge, sondern Absichtserklärungen, die im ungünstigsten Fall bedeutungslos und wirkungslos in den Schreibtischblättern der Amtsstuben liegen bleiben könnten, oder aber im günstigsten Fall politisch und kulturell lebenswirksam werden könnten. Man kann auf eine solche Erklärung nach eigenem Ermessen reagieren, aber man kann keinen spezifischen Rechtsanspruch im völkerrechtlichen Sinne daraus ableiten. Zwar nehmen die Erklärungen Bezug auf die Grundrechte, die in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland bzw. des Königreiches Dänemark verankert sind und spezifizieren sie sogar noch im einzelnen für die Minderheiten und können inhaltlich demnach als erweitertes Grundgesetz für die Minderheiten bezeichnet werden, was aber nicht bedeutet, daß die Minderheitenerklärungen in jedem Fall unmittelbar einklagbares Recht enthalten. Wichtig ist aber, daß sowohl die dänische Regierung als auch die Bundesregierung im Einvernehmen mit der schleswig-holsteinischen Landesregierung, in dem die Minderheitenerklärungen verbindenden gemeinsamen Protokoll die Erwartung ausdrücken, daß alle beteiligten Stellen sich bemühen werden, die Rechte der Minderheiten im Geiste der Erklärung zu achten und zu wahren. Damit liegen allgemeine Richtlinien für die Gesetzgebung und die Verwaltung vor, auf die sich die Minderheiten in aktuellen Fällen berufen können.

Die deutsche Volksgruppe war nicht direkt an den Verhandlungen über die Erklärungen beteiligt, sie hat aber doch in vier Empfehlungen ihre Wünsche bzw. Gesichtspunkte öffentlich zur Kenntnis gebracht. Diese vier Empfehlungen, verabschiedet auf einer Delegiertenversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger in Tingleff, bezogen sich in großen Zügen auf:

1. die Schaffung einer Grundsatz-Erklärung über die Stellung und die Rechte beider Minderheiten entsprechend etwa der Kieler Erklärung von 1949 für die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig,
2. die Schaffung eines deutsch-dänischen Gremiums, bestehend aus Vertretern der beiden Minderheiten, zur Klärung von Fragen, die das Leben der Minderheiten sowie die Stellung der einzelnen Minderheitenangehörigen betreffen bzw. beeinflussen,
3. die unbeschränkte Einräumung des Rechts auf Examenschulen für die Minderheiten,
4. die Befreiung der Minderheit von den Nachwirkungen der dänischen Sondergesetzgebung der Nachkriegszeit, die mit rückwirkender Kraft erlassen worden ist und nach der das Grenzland dänisch war.

In Verbindung mit diesen vier Hauptempfehlungen wurden eine Reihe von Einzelwünschen angebracht, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll. Die deutsche Volksgruppe hat damals keine Wünsche in Bezug auf eine Befreiung von den

Sperrklauseln im dänischen Wahlgesetz vorgebracht, was umgekehrt einer der Hauptpunkte für die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig war. Anscheinend hat man diesem Punkt zur damaligen Zeit, wo die Schleswigsche Partei ja gerade erst 1953 aus eigener Kraft wieder im Folketing vertreten wurde, nicht genügend Bedeutung beimessen.

Die Empfehlungen der deutschen Volksgruppe bewegten sich in einem Rahmen, von dem man annehmen konnte, daß die Wünsche Berücksichtigung finden könnten, abgesehen von der Frage der Rechtsabrechnung, die man von dänischer Seite von vornherein nicht berücksichtigen wollte, da man diese Frage als Glied eines innerdänischen Vorganges ansieht, der mit dem Status der deutschen Nordschleswiger als nationale Minderheit nichts zu tun hat, indem man sich u. a. auf die Tatsache beruft, daß im Rahmen der Rechtsabrechnung nur für das ganze Land geltende Gesetze erlassen werden sind.

Ebenfalls wurde der von deutscher Seite vorgeschlagene deutsch-dänische Kontaktausschuß von dänischer Seite abgelehnt.

Es ist somit aus der Sicht der deutschen Volksgruppe noch vieles in der Schwebe geblieben, aber es wurde doch ein Ergebnis von grundlegender Bedeutung erzielt.

Auf der Basis der Gegenseitigkeit hat man auf höchster Ebene versucht, einen Rahmen abzustecken, der den Minderheiten einen Kurs ermöglicht, der ein harmonisches Zusammenleben zwischen den beiden Völkern erleichtern sollte. Durch die Schaffung dieser moralisch-politischen Grundlage für die weitere Entwicklung der Minderheiten ist 1955 ein echter Fortschritt erzielt worden, den man sich 50 Jahre vorher wohl kaum hätte vorstellen können. Wenn man an die Zeit um die Jahrhundertwende zurückdenkt, befehlen sich die dänische Bevölkerung in Nordschleswig und der preußische Staat in einem harten Gegensatzverhältnis zueinander, was auch für die Zeit von 1851 bis 1864 für die deutschen Schleswiger und die damals dänische Staatsführung gilt. Damals mußte man sich gegen den Staat wehren. Das ist heute dank der Entwicklung nach 1955 nicht mehr der Fall. Der Staat steht den Minderheiten heute nicht mehr als Feind gegenüber. Diese Wandlung ist faszinierend. Wenn man sie sich bildlich vorstellt, haben wir um 1900 den streng-dienstlichen preußischen Oberpräsidenten Köller, buchstabengetreu seinem Staatsprinzip in der vergeblichen Auseinandersetzung mit einer bodenständigen bäuerlichen Bevölkerung, und 1955 den sicher nicht weniger willensstarken, aber konsilianteren und klugen deutschen Bundeskanzler Adenauer und den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel zusammen mit dem dänischen dänischen Staatsminister H. C. Hansen, die damals praktisch einen Vorstoß in die Geschichte wagen, der sich als richtig und tragfähig erweisen sollte.

Ich darf hier noch einmal an den Grundsatz der Kopenhagener Erklärung erinnern. Allgemein wird von der dänischen Regierung festgestellt, daß die in der Verfassung und sonstigen Gesetzgebung für jeden Staatsbürger festgelegten Grundrechte selbstverständlich auch für jeden Angehörigen der deutschen Minderheit gelten.

Darüber hinaus werden eine Reihe von grundsätzlichen Punkten präzisiert, vor allem, daß das Bekenntnis zum deutschen Volkstum frei ist und von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden darf, und daß das besondere Interesse der deutschen Volksgruppe, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Deutschland zu pflegen, anerkannt wird.

Auch wenn in dieser Erklärung für die deutsche Volksgruppe das Problem der Rechtsabrechnung von 1945

ausgeklammert worden ist und somit das Problem vieler Menschen hier nicht gelöst und auch nicht gemildert worden ist, kann generell gesagt werden, daß sie einen positiven politisch-psychologischen Effekt auf die Angehörigen der Minderheit gehabt hat. Die Erklärung hat viele von dem psychologischen Komplex befreit, als Angehörige der Minderheit etwas minderwertiges zu sein. War es doch das erste Mal nach der Katastrophe von 1945, daß die deutschen Nordschleswiger vom dänischen Staat eine ausgestreckte Hand erhielten.

Eines der brennenden Probleme der deutschen Volksgruppe war die gegen sie gerichtete Examensklausel im dänischen Schulgesetz, nach der Schulen mit deutscher Unterrichtssprache nicht das Recht hatten, staatlich anerkannte Prüfungen abzuhalten. Das heißt, es war damals nicht möglich, an einer deutschen Schule das Mittelschulexamen oder das Abitur zu machen. Auf etwas längere Sicht gesehen, hätte dieser Zustand die Minderheit geistig aushungern können, konnte man doch schon damals eine bedenkliche Abwanderung deutschen Nachwuchses auf dänische Schulen feststellen. Als Folge der Erklärung von 1955 wurde dieses Verbot aufgehoben, und es konnten daraufhin in den vier nordschleswigschen Städten Hadersleben, Apenrade, Sønderborg und Tønder sowie in Tingleff deutsche Mittelschulen oder Realschulen mit vollem Examenrecht eingerichtet werden. Voll erfüllt auf diesem Gebiet wurde die Wünsche der deutschen Volksgruppe, als im Jahre 1959 das Deutsche Gymnasium in Apenrade seine Unterrichtstätigkeit wieder aufnehmen konnte und somit 1962 die ersten Abiturienten verschiedenes konnte. Den Abiturienten des Deutschen Gymnasiums in Apenrade ist die Möglichkeit gegeben, sowohl in Dänemark und den übrigen skandinavischen Ländern als auch in Deutschland zu studieren. Darin sieht sich eine echte Erfüllung des Geistes der Bonn-Kopenhagener Erklärungen.

Eine Erörterung der Folgen der Rechtsabrechnung für die deutsche Volksgruppe hat, wie schon erwähnt, da man von dänischer Seite nicht dazu gewillt war, nicht stattfinden können. Es war aber von sehr großer Bedeutung für die deutsche Volksgruppe, daß zeitlich gleichlaufend und in Verbindung mit den Bonn-Kopenhagener Gesprächen geklärt und gesichert werden konnte, daß die Bestimmungen der Bundesversorgungsgesetzgebung ab 1. April 1955 auch zugunsten der Kriegsoffer aus den Kreisen der deutschen Volksgruppe angewandt werden könnten.

Somit sind die in Verbindung mit der Minderheitenerklärung gegebenen konkreten Zusagen eingelöst worden. Das Wirkensfeld der Erklärung selbst hing weitgehend davon ab, wie die Bevölkerung darauf reagieren würde. Rückblickend kann man heute wohl sagen, daß die dänische Bevölkerung unter Führung von Staat und Verwaltung die Erklärung und den Geist der Erklärung, wenn auch nicht ganz, so doch großenteils angenommen hat.

Auf einigen Gebieten ist der Geist der Erklärung jedoch nicht erfüllt worden. So hat bisher kaum ein Angehöriger der deutschen Volksgruppe Beamter in Nordschleswig werden können, wohl aber außerhalb der Grenzen Nordschleswigs im übrigen Dänemark. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so auffallend, verhält es sich mit den höheren Angestellten des öffentlichen Dienstes. Dieser Umstand verursacht, daß eine Reihe von Angehörigen der deutschen Volksgruppe nicht in unserem Landesteil ansässig werden konnte und das schwächt natürlich die Volksgruppe. Man kann wohl nicht behaupten, daß das vom Geist der Minderheitenerklärungen entspricht.

Die Vertreter der Schleswigschen Partei in den kommunalen Räten und Ausschüssen sind in den meisten Fällen als Vertreter der Minderheit hoch angesehen und werden von ihren dänischen Kollegen sehr geschätzt. Das aber z. B. in der Gemeinde Tingleff, wo die Schleswigsche Partei die stärkste Partei ist, ein deutscher Nordschleswiger zum Bürgermeister gewählt wird, das ist heute noch nicht möglich, aber darin würde ich eine echte Erfüllung der Minderheitenerklärung sehen. Im großen und ganzen müssen wir aber anerkennen, daß sich die Minderheitenerklärungen als eine geeignete Grundlage für die Entkernung des Verhältnisses der Minderheit zum Staat und zum Mehrheitsvolk erwiesen haben.

Auf diesem Hintergrund versuchen wir als deutsche Nordschleswiger, heute eine zeitgemäße Minderheitenpolitik zu realisieren, indem wir uns bemühen, eine fruchtbare Synthese zwischen deutscher Volkszugehörigkeit und dänischer Staatszugehörigkeit zu entwickeln. Der äußere Druck auf die deutsche Volksgruppe ist als Folge der Erklärungen von 1955 verschwunden, und es wurde der Weg geebnet für ein positives Verhältnis zum dänischen Staat. Die deutsche Volksgruppe hat diese Möglichkeit aktiv aufgegriffen und hat sich bemüht, den neuen Zeitab-

schnitt in der Minderheitengeschichte durch eine neue Linie mit lebendigem Inhalt zu füllen. Das neue Klima forderte eine Neuorientierung der Minderheitenzielsetzung, und vor dieser Aufgabe stehen wir auch heute noch, und das vielleicht mehr als je zuvor, denn die Minderheiten haben heute einen Feind, der sehr viel gefährlicher werden kann als der Staat, nämlich den Zeitgeist und die Gleichgültigkeit. Deshalb ist es gerade heute, in einer Zeit, wo die Menschen im Zeichen des Wohlstandes oft Bindungen gegenüber abneigt sind, und wo die großen Geschehnisse außerhalb des Grenzlandes und außerhalb Europas oft von sehr viel größerer Bedeutung als die näherliegenden Angelegenheiten sind, von ganz entscheidender Wichtigkeit, daß wir uns in der deutschen Volksgruppe nicht damit begnügen, nur unsere Existenz zu registrieren, sondern ständig über unser Dasein und unsere Aufgabe reflektieren, wenn wir als Volksgruppe nicht nivelliert oder assimiliert werden wollen. Und das wollen wir nicht.

Wir sind als deutsche Volksgruppe eine durch gleichartige Abstammung und ein gleiches, dem deutschen Kulturkreis zugehöriges Lebensgefühl verbundene Gruppe, die anders ist als alle anderen Gruppen im Staat. Wir sind eine Gruppe, die im Bewußtsein ihrer deutschen Identität demokratisch wie andere staatsbürgerliche Gruppen an den gesellschaftlichen Aufgaben im dänischen Staat mitwirken will und mitwirkt, die sich also der Integration nicht entziehen will.

In diesem Sinne hat die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig ihre Zielsetzung in folgenden vier Punkten festgehalten:

1. Aufrechterhaltung und Vertiefung der geistigen und kulturellen Verbindungen zum deutschen Volk
 2. Mitwirkung an den gesellschaftlichen Aufgaben innerhalb des dänischen Staates
 3. Abbau der Bedeutung der Staatsgrenze in allen Lebensbereichen im Sinne europäischer Integration
 4. Mitwirkung an der Entwicklung des deutsch-dänischen Grenzraumes zu einer Kontaktregion mit Erfahrungsaustausch und fruchtbaren Wechselwirkungen auf der Basis von Gleichberechtigung und Chancengleichheit
- Der Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, Gerhard Schmidt, hat anläßlich des historischen Besuchs des Herrn Bundespräsidenten Walter Scheel bei der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig am 16. Juni vergangenen Jahres unsere Situation und Zielsetzung wie folgt zusammengefaßt:
- ★ Deutsch zu sein ist 1979 kein
 - ★ Gegensatz zum Dänentum, sondern unsere Zugehörigkeit zum deutschen Volk ist in Verbindung mit einer aktiven Mitarbeit im dänischen Staat in Wirklichkeit eine Synthese unserer
 - ★ Funktion im Grenzland, wo wir heute südlich und nördlich der Grenze unter Beweis stellen müssen, daß nationale Minderheiten nicht nur in Spannungszeiten zwischen beiden Völkern, sondern auch in einer Phase der Entspannung bestehen können.
 - ★ Dies ist unsere Aufgabe von gesamtdeutscher deutscher Dimension.

Mit dieser Zielsetzung haben wir den nach unserer Auffassung richtigen, aber gefährlichen Weg der Öffnung eingeschlagen. Unsere Zielsetzung steht grundsätzlich im Zeichen der Kooperation, und diese Grundhaltung wird die Arbeit der deutschen Volksgruppe in den 80er Jahren prägen, und wir werden dabei weiter auf dem schmalen Pfad zwischen Identität und Integration wandern müssen. Wie sieht es nun mit der Durchführung einer solchen Zielsetzung im Alltag aus?

Der erste Punkt umfaßt eine ausgesprochen kulturpolitische Zielsetzung, die im Alltag in einer großen Zahl von kulturellen und politischen Aktivitäten der Volksgruppe sichtbar wird. Allein die Tatsache, daß man als Angehöriger einer Minderheit zweisprachig und in zwei Kulturen aufwächst, betrachte ich als einen großen Wert und als einen Beitrag zum besseren Verständnis zwischen Deutsch und Dänisch im schleswigschen Grenzland. Die Staatsgrenze als solche spielt heute keine kulturpolitisch trennende Rolle mehr. Wir können uns z. B. darüber freuen, daß das Schleswig-Holsteinische Landestheater frei und ungehindert in Nordschleswig gastieren kann. Wir freuen uns über eine gute Zusammenarbeit mit der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft, den deutschen Grenzverbänden und anderen Kulturträgern in Schleswig-Holstein. Unser deutsches kulturelles Angebot muß im Alltag mit einem breitgefächerten Angebot von dänischer Seite konkurrieren. Auf diese Weise vollzieht sich im Grenzland ein kultureller Wettbewerb, der für alle Bürger, ob deutsch oder dänisch, sehr wertvoll ist. Wir haben heute die völlige Freiheit, uns kulturell als deutsche Gruppe zu entfalten, was voll und ganz dem Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen entspricht.

Das gilt vor allem auch für den wesentlichen Bereich der deutschen Kindergarten- und Schularbeit, die nach den für alle im Lande geltenden Richtlinien von Staat und Kommunen finanziell gefördert wird.

Andererseits gibt es aber auch Punkte, die nicht mit dem Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen in Einklang zu bringen sind. Ein typisches Beispiel dafür haben wir in der Bücherreisegesetzgebung, wo es bisher nicht gelungen ist, das deutsche Bücherwesen gleichberechtigt mit den dänischen Buchereien an der Verteilung der öffentlichen Zuschüsse zu beteiligen. Nach den Ausführungen des dänischen Kulturministers in der letzten Kontaktausschußsitzung in Kopenhagen scheinen wir jetzt, nachdem wir fast 20 Jahre um das Problem gerungen haben, jedoch der Lösung einen Schritt nähergekommen zu sein.

Generell scheint es etwas leichter zu sein, auf staatlicher und auf überregionaler Ebene, Verständnis für die Volksgruppenanliegen zu finden als auf kommunaler Ebene, was dort allerdings abhängig ist vom politischen Kräfteverhältnis am Ort und von der Grundeinstellung der jeweiligen Amtsträger. Zu den positiven Beispielen gehört, daß der Kreis Nordschleswig vor einigen Jahren seine Sitzzahl von 25 auf 29 erweitert hat, u. a. um die Vertretungsmöglichkeiten der Volksgruppe zu verbessern, und zu den negativen Beispielen gehört die zwar formal-juristisch korrekte, aber doch etwas starre und unfreundliche Haltung der Kommune Scherrebek gegenüber der weiteren Existenzmöglichkeit des Jugendlagers der deutschen Kirchengemeinde auf der Insel Röm.

In Verbindung mit der schwierigen wirtschaftlichen Lage in Dänemark werden Sparmaßnahmen im kulturellen Bereich und damit auch für uns nicht zu vermeiden sein. Es sollte dabei jedoch darauf geachtet werden, daß der kulturelle Lebensraum der Minderheit nicht so stark eingegrenzt wird, daß es unseren Lebensraum trifft. In Bezug auf den zweiten Punkt der Zielsetzung, die Mitarbeit der Volksgruppe im dänischen Staat, besteht für die deutsche Volksgruppe, die sich ja eindeutig zu diesem Staat bekannt hat, kein Zweifel daran, daß sie aktiv an den gesellschaftlichen und politischen Aufgaben im Staat mitarbeitet und mitarbeiten muß. Ohne eine politische Vertretung würde die Arbeit der Minderheit auf Dauer gefährdet werden. Das gilt auf kommunaler und auf Landesebene.

Wie Ihnen sicher bekannt sein wird, spielt gerade die Diskussion um die parlamentarische Vertretung der Minderheit bei uns in Nordschleswig augenblicklich eine große Rolle. Von 1953 bis 1964 war die deutsche Volksgruppe durch ein Direktmandat der Schleswigschen Partei im Folketing vertreten. Dazu muß gesagt werden, daß man nach den Bestimmungen des dänischen Wahlgesetzes ungeachtet der sonst geltenden Sperrklausel von 2% ein Mandat erhält, wenn man in einem Wahlkreis die Stimmen aufbringt, die ein Direktmandat kostet (in Nordschleswig zwischen 11.000 und 13.000 Stimmen). 1964 erreichte die Schleswigsche Partei nicht die Stimmenzahl, die für ein Direktmandat erforderlich war und konnte wegen der geltenden Sperrklausel im Wahlgesetz nicht an der Verteilung der Zusatzmandate teilnehmen. Für ein Zusatzmandat hätte die Stimmenzahl sowohl 1964 u. 1971 ausgereicht. Der Geist der Erklärungen von 1955 kam jedoch infolge von Tragen, als daß die dänische Regierung von sich aus nach dem Verlust des deutschen Mandats 1964 einen Kontaktausschuß schuf, in dem die deutschen Nordschleswiger ihre Wünsche vortragen können. Dieser Ausschuß ist jedoch immer nur als eine Übergangslösung betrachtet worden.

Bei den Wahlen zum Folketing 1973, 1975 und 1977 gelang es der Volksgruppe, aufgrund eines wahltechnischen Abkommens mit der Partei der Zentrumsdemokraten wieder einen eigenen Abgeordneten zu wählen, nämlich Chefredakteur Jes Schmidt, der bis zu seinem allzu frühen Tode im August vergangenen Jahres die deutsche Volksgruppe im Folketing vertreten hat. Bei der Wahl am 23. Oktober 1979 kam es bedauerlicherweise zum Bruch zwischen den Zentrumsdemokraten und der Schleswigschen Partei, weil die Zentrumsdemokraten den Spitzenkandidaten der Schleswigschen Partei Peter Wilhelmson aufgrund dessen Vergangenheit nicht akzeptieren konnten. Peter Wilhelmson hatte sich 1940 als Siebzehnjähriger für eine zweijährige Periode aus seinem deutschen Volk zusammen mit vielen anderen deutschen Nordschleswigern freiwillig zum deutschen Kriegsdienst an der Ostfront gemeldet und kam wegen seiner dänischen Staatsangehörigkeit automatisch zur Waffen SS.

Bei allem Verständnis, das wir für die Gefühle in dänischen Kreisen in dieser Hinsicht aufbringen und aufbringen müssen, so war es für die deutsche Volksgruppe doch enttäuschend, festzustellen, daß die Schattenseiten der Vergangenheit sie auch nach



PETER IVER JOHANNSEN: Noch nicht alles im Geiste der Erklärungen von 1955 . . .

über 35jähriger loyaler und demokratischer Mitarbeit im dänischen Staat noch belasten, auch wenn im konkreten Fall die betreffende Person persönlich unbelastet ist. Wir nehmen ausdrücklich Abstand vom System und von den Verbrechen des NS-Regimes, aber wir wehren uns dagegen, daß unbelastete Personen, die sich seinerzeit aus guten Motiven für ihr Volk zur Verfügung gestellt haben, heute noch mit dem System als solchem identifiziert werden.

Wir meinen weiterhin, daß wir als nationale Minderheit, die mit keinen anderen Gruppen im Staat verglichen werden kann, einen legitimen Anspruch auf eine parlamentarische Vertretung in irgendeiner Form haben, und daß uns bei der Erlangung eines Mandates eine faire Chance eingeräumt werden sollte. Es liegt seit 1965 ein Vorschlag der Volksgruppe zu einer Änderung des Wahlgesetzes vor, uns ein Mandat zuzuteilen, sofern die Stimmen für das billigste Kreismandat (Direktmandat) in Dänemark aufgebracht werden (6.000 bis 7.000 Stimmen). Eine solche Lösung würde der Volksgruppe eine reelle Chance bieten, aus eigener Kraft ein Mandat zu erzielen. Der Vorschlag ist im Verhältnis zum Wahlgesetz auch einigermaßen systemkonform und könnte, wenn der politische Wille vorhanden ist, durch eine einfache Änderung des Wahlgesetzes realisiert werden. Dieser Vorschlag hat jedoch bisher keine Berücksichtigung gefunden, u. a. auch die kürzlich in Kopenhagen abgehaltene Kontaktausschußsitzung hat in dieser Hinsicht keine neuen Ergebnisse gebracht.

Die Ereignisse um die Folketingswahl im vergangenen Jahr haben in Nordschleswig eine kleine Ermutigung in Bezug auf die vielen Bekundungen vom europäischen Modellfall an der Grenze gebracht. Aber auch wenn das Klima durch diese und andere Ereignisse vielleicht etwas getrübt zu sein scheint, so wird das sicher nicht das über die Jahre aufgebaute Verhältnis guter deutsch-dänischer Partnerschaft zerstören. Wir müssen allerdings zur Kenntnis nehmen, daß das Eis, auf dem wir uns in Bezug auf die Zusammenarbeit und Entspannung im Grenzland befinden, auch wenn es grundsätzlich fester wird, an einigen Stellen doch dünner ist, als wir angenommen haben. Aber all das soll uns nicht davon abhalten, als deutsche Volksgruppe weiterhin den Weg der Zusammenarbeit und des Miteinanders in unserem Grenzland zu gehen. Allerdings kann das nicht um jeden Preis geschehen. Wir sagen ja zur Entspannung, aber Entspannung darf nicht als Einbahnstraße betrachtet werden.

In dieser Verbindung sei auch daran erinnert, daß der Weg zur deutsch-dänischen Verständigung aus dänischer Sicht auch über Südschleswig geht. Das ist im vergangenen Jahr sehr deutlich geworden, wo sich zeigte, wie aufmerksam man in Dänemark in den Medien, in Kommentaren führender Politiker etc. die Behandlung der dänischen Minderheit z. B. in Verbindung mit dem Landtagswahlkampf und der Wahlgesetzänderung verfolgt und kommentiert hat.

Im dritten Punkt unserer Zielsetzung ist eine eindeutige Bejahung des europäischen Gedankens zu sehen. Wir begrüßen die europäische Integration, stehen aber auf dem Standpunkt, daß man international nur arbeiten und denken kann, wenn man gleichzeitig national, ohne daß dieser Begriff hier mißverstanden werden soll, denken und arbeiten will. Gerade unter europäischem Aspekt kommt den Minderheiten Bedeutung zu, indem sie mitwirken können, ein Europa der Völker von unten her aufzubauen.

Die deutsche Minderheit ist 1972, als es um den Beitritt Dänemarks zur EG ging, aktiv für ein JA zu Europa eingetreten, und wie Sie vielleicht erinnern, lag der Anteil der JA Stimmen in Nordschleswig

mit am höchsten in ganz Dänemark. In gleicher Weise hat die deutsche Volksgruppe ihre proeuropäische Haltung bei der ersten Direktwahl zum europäischen Parlament im vergangenen Jahr zum Ausdruck gebracht, indem man sich für eine hohe Wahlbeteiligung eingesetzt hat sowie dazu aufgefordert hat, nur proeuropäische Kandidaten die Stimme zu geben, und das Ergebnis hat erneut die proeuropäische Haltung der deutschen Volksgruppe gezeigt.

Wir erwarten allerdings auch, daß die europäischen Gremien die Interessen der Minderheiten im europäischen Integrationsprozeß angemessen berücksichtigen. In dieser Hinsicht nehmen wir dankbar die Initiative des Abgeordneten des Europaparlamentes Kai-Uwe von Hassel zur Kenntnis, sich zusammen mit anderen Abgeordneten um die Schaffung einer europäischen Minderheitenkonvention zu bemühen. Hierin liegt eine echte Erfüllung des Geistes der Bonn-Kopenhagener Erklärungen.

In Bezug auf den vierten Punkt unserer Zielsetzung, das Mitarbeiten an der Entwicklung unserer Grenzregion, liegt eine ganz konkrete Aufgabe vor, an deren Lösung wir gerne mitwirken wollen, und wir meinen aufgrund der Dinge, wie sie sich hier im Grenzland nun einmal entwickelt haben, besondere Voraussetzungen dafür mitzubringen. Insbesondere können hier die Kontakte, die wir auf beiden Seiten der Grenze haben, von Nutzen sein. In diesem Sinne bemühen wir uns, u. a. durch die vom Deutschen Generalsekretariat in Apenrade herausgegebenen Informationschriften, durch unsere Tageszeitung „Der Nordschleswiger“ und durch Kontaktsprache aller Art, zum grenzüberschreitenden Dialog beizutragen.

Wir sind dankbar, daß wir in diesem Sinne auch zur verstärkten Mitarbeit herangezogen werden, was z. B. bei der Vorbereitung und der Durchführung der deutsch-dänischen Tage in Apenrade im vergangenen Jahr der Fall war.

Ich hoffe, daß aus meinen Ausführungen deutlich geworden ist, daß sich auch heute und in Zukunft durchaus Funktionen für die Minderheiten ergeben.

Die deutsche Volksgruppe wird sich auch in Zukunft bemühen, diese Funktionen zu erfüllen, wobei ihr sicher auch auf längere Sicht die atmosphärischen Verbesserungen im Grenzland zugute kommen werden.

Der Staat hat mit den Minderheitenerklärungen die Grundlagen für den Modellfall einer echten Kooperation im europäischen Geiste geschaffen. Dadurch ist vor allem das Vertrauen der Minderheit gegenüber dem Staat gestärkt worden. Der Staat hat uns deutsche Nordschleswiger als staatsloyale Minderheit, die keinen Anlaß zu Problemen zwischen den Staaten gibt, die jure akzeptiert, ob aber von einem wirklichen inneren Akzept durch Staat und Bevölkerung die Rede sein kann, ist zumindest auf einigen Gebieten fraglich. Solange Staat und Mehrheitsbevölkerung uns nicht nur de jure, sondern auch wirklich innerlich als natürliche, selbstverständliche und gleichberechtigte Partner akzeptieren, dürfen sie ihr Werk nicht als vollendet ansehen. Letzteres läßt sich nur durch verstärktes Aufbringen von Toleranz und gegenseitigem Respekt von Staat, Volk und Minderheit, und das wohl auch nicht von heute auf morgen, erreichen, aber hier muß angesetzt werden im Sinne einer vollen geistigen Erfüllung und einer Weiterentwicklung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Wenn es allen beteiligten Kräften gelingt, dieses Ziel zu erreichen, dann werden sich die meisten noch offenen Probleme in Bezug auf die parlamentarische Vertretung, in Bezug auf die gesetzliche Gleichberechtigung und auf die finanzielle Förderung der Minderheit erheblich leichter lösen lassen, als es jetzt den Anschein hat.



Das Prinzip der Toleranz . . .

Der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel, selbst einer der Väter der Minderheiten-Erklärungen, berichtet über die Hintergründe, Schwierigkeiten und Verhandlungen auf dem Wege zu den Erklärungen von Bonn und Kopenhagen

Vielen Menschen mögen heute die Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen als ein natürlicher Entwicklungsgang in der Geschichte der deutsch-dänischen Beziehungen und des Verhältnisses der jeweiligen Minderheit im deutsch-dänischen Grenzraum zu ihrem Herbergsstaat erscheinen. Man ordnet die Bonn-Kopenhagener Erklärungen heute in ein Prinzip des staatlichen Umgangs miteinander ein, das sich seit 1955 durchgesetzt habe und sich deutlich gegenüber vergangenen Zeiten abhebe. Gemeint ist das Prinzip Toleranz, das besonders für die Annahme oder Verweigerung politischer Forderungen eines Partners gilt. Bei der Würdigung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen geht es vor allem darum, aufzuzeigen, daß es seit dem Beginn nationaler Auseinandersetzungen im deutsch-dänischen Grenzraum erstmals durchgängiges Prinzip politischen Handelns geworden ist, gegenseitige Toleranz bei Forderungen und Wertungen in bezug auf den Partner walten zu lassen und politische Fragen nicht mehr auf Machtfragen zu reduzieren.

Zeichen der Intoleranz beider Seiten wurden in vergangenen Zeiten durch Sprachreskripte, Köllerpolitik, kriegerische Besetzung und Rechtsabrechnung im reichen Maße gesetzt. Mit dem 2. Weltkrieg trat in der Geschichte nationaler Minderheiten, was ihre politische Rolle und Bedeutung angeht, zunächst eine Veränderung zum Negativen hin ein. Zum größten Teil hervorgegangen aus den Friedensverträgen nach dem ersten Weltkrieg hatten sie sich z. B. auf dem Nationalitätenkongress in Genf mit mehr oder weniger Erfolg zur Geltung gebracht. Nach Mißbrauch der Minderheit durch die nationalsozialistische, nach Osten gerichtete Ausweitungspolitik, wurden auch die Minderheiten in den deutschen Zusammenbruch mit hineingezogen. Sie wurden vor allem im Osten oftmals entweder zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, oder mußten das Schicksal der Vertreibung auf sich nehmen.

Die deutsch-dänische, durch die beiden Minderheiten dargestellte Problematik, hatte bereits zwischen beiden Weltkriegen als Auseinandersetzung zwischen zwei Völkern verwandter Art und Kultur eine besondere Form angenommen. Mit der Stabilität der Existenz der deutschen Minderheit in Dänemark seit 1920, wurde diese nach 1945 ein Mittel der Politik. Die dänische Politik südlich der Grenze ging in zwei unterschiedliche Richtungen. Die eine wollte zumindest den Versuch unternehmen, das südlich der Grenze 1920 verlorene Terrain wiederzugewinnen und die Grenze zu verschieben. Die andere rief in der Südschleswigfrage zum Maßhalten. Sie wollte an dem mit der Grenze von 1920 erreichten Nationalstaats festhalten und nicht das Risiko eingehen, mit der Grenzverschiebung nach Süden und der Übernahme weiterer starker Bevölkerungsanteile die vorhandene deutsche Minderheit zu vergrößern. Die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und der eigenen Minderheit und Dänemark und der Minderheit südlich der Grenze gehören seit 20 Jahren der Vergangenheit an; die Besonnenen, die Weitsichtigen haben sich durchgesetzt.

Damals aber lief ein gewichtiger Vorgang in der Geschichte nationaler Minderheiten ab. Als nämlich die dänische Minderheit mit der damals anschwellenden Zahl ihrer Anhänger und Mitglieder ihre kulturelle Stellung dank großzügiger finanzieller Hilfe Dänemarks ganz ungewöhnlich ausbauen konnte. Wir haben diese Entwicklung damals voller Neid gesehen. Wir haben aber zugegeben, daß das Königreich Dänemark und das dänische Volk sehr konsequent handelten. Diese Leistung wäre trotz unvermeidlicher Schwierigkeiten und Hindernisse ohne eine entsprechend tolerante und liberale Haltung zunächst der britischen Besatzungsmacht und dann der Landesregierung von Schleswig-Holstein sicher nicht möglich gewesen. Erstes markantes Zeichen dieser Liberalität und Toleranz war die im Landtag von Schleswig-Holstein einstimmig gebil-

ligte »Kieler Erklärung« von 1949. Sie knüpfte an den Grundsatz des preußischen Schulerlasses von 1928 mit einer ausdrücklichen Bestätigung des subjektiven Nationalitätsrechts an: »Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei, es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden«. Diese Erklärung sicherte eine freie Entfaltung des kulturellen Lebens der dänischen und friesischen Minderheit mit dem gleichen Anspruch auf öffentliche Mittel zu und bestätigte den gleichberechtigten Zugang ihrer Mitglieder zu Ämtern und politischen Vertretungen. Mit diesem ersten, einseitig schriftlich fixierten Schritt der damaligen schleswig-holsteinischen Landesregierung war der Weg beschritten zu einem normalen Umgang beider Staaten und Völker miteinander.

Mit der Oktoberwahl 1954 trat nun für die dänische Minderheit ein schwerer Rückschlag ein. Der Rückgang ihrer Stimmen ließ sie an der Sperr-Klausel scheitern, die sie früher mühelos überwunden hatte. Die Minderheit war im Parlament nicht mehr vertreten. Diese Tatsache führte zu höchster Aktivität der Minderheit hier und ihres Muttervolkes in Dänemark. Das Ziel war, eine Sonderregelung im Wahlrecht zu erreichen, die — nach menschlicher Voraussicht — die Rückkehr dänischer Abgeordneten in den Landtag ermöglichen würde. Im Zuge dieser politischen Aktivität kam es zu einer Verlegung des deutsch-dänischen Dialogs von der regionalen auf die europäische Ebene. Der dänische Außenminister H. C. Hansen ging während der NATO-Ratssitzung am 24. 10. 1954 in Paris auf den Bundeskanzler Konrad Adenauer zu und regte an, gemeinsam die Behandlung der Minderheiten als ein Symbol für den Geist der Zusammenarbeit in Europa zu lösen. Adenauer griff diese Gedanken auf und erörterte ihn mit mir, dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten. Umfassende Gespräche wurden begonnen: Bevor ich aber auf sie eingehe, sei doch noch eine Randbemerkung vorausgeschoben. Nach 25 Jahren lassen sich über das Erreichte unschwer Lobeshymnen singen. Die Zeit aber, in der das heute zu Recht gepriesene Werk entstand, muß beschrieben werden, auf daß sich die nachfolgende Generation ein Urteil bilden kann. Denn nur die Zeitgenossen kennen noch die Härte des Aufeinandertreffens. Der hier handelnde Regierungschef, der laut Verfassung die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat, hatte sich zu bewegen zwischen einerseits der Auffassung der sozialdemokratischen Opposition großzügig zu sein und einigen eigenen politischen Freunden, die glaubten, daß uns Vorleistungen gut anstünden und harter Gegnerschaft der sehr großen Zahl derer, die von Entgegenkommen nichts wissen wollten.

Für den Hauptverantwortlichen galt: Ich bin zu allem bereit, was für alle hilfreich ist. Was ich für die deutschen Landsleute nördlich der Grenze in diesem Kontext anstrebe,



KAI-UWE VON HASSEL hatte als schleswig-holsteinischer Ministerpräsident große Verdienste um die Minderheiten-Erklärungen von 1955

muß ich südlich der Grenze zu geben bereit sein. Was die dänische Minderheit von uns begehrt, muß sie nördlich der Grenze einzuräumen bereit sein. Der Grundsatz der Gegenseitigkeit muß Ausgangspunkt der Verhandlungen sein. Dann kann man alles lösen.

Die dänischen Zeitgenossen wissen, daß es ihnen zunächst schwer fiel, sich diesen Überlegungen anzuschließen. In den ersten drei Verhandlungstagen haben unsere Unterhändler in Kopenhagen für diese unsere Grundüberlegungen kein Verständnis gefunden. Es ist historischer Verdienst von dem damaligen Staatssekretär Ernst Kracht, daß die dänische Seite dann doch Verständnis für unsere Forderungen nach voller Gegenseitigkeit aufbrachte. Das Ergebnis war dann das volle Einvernehmen beider Seiten — zum Wohle unserer Minderheiten.

Entscheidend und neu war nun, daß die Behandlung der Minderheiten für uns als Symbol für den Geist der Zusammenarbeit angesehen wurde, der zwischen demokratischen Staaten in Europa gelten müsse. Die hier ausgesprochenen Grundsätze der Liberalität und Toleranz zeigten den Wunsch auf nach einer staatlichen Regelung, um den Wünschen der Minderheiten beider Nationen auf der Basis der Gegenseitigkeit Rechnung zu tragen.

Uns hat bei diesen Gedanken auch die Überlegung geleitet, daß die von uns zu schaffenden Regelungen eines Tages auch anderswo in der Welt hilfreich sein könnten, und Gebiete, in denen es Probleme zwischen ethnischen oder anderen Gruppen geben könnte, gibt es genug.

Aber nicht nur auf höchster staatlicher Ebene spielte die Minderheitenpolitik eine Rolle. Im Europarat in Straßburg diskutierten — abgesetzt vom unmittelbaren Ort des Geschehens — der dänische Reichsstaatsabgeordnete Bogholm mit Kurt-Georg Kiesinger und Will Rasner die zentrale Frage der parlamentarischen Vertretung der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein. In einem Gespräch in Kopenhagen zwischen Bogholm und Rasner steckten die beiden dann den Rahmen für anzustrebende zwischenstaatliche Verhandlungen ab.

Allen Gesprächen Rasners mit Bogholm gingen eingehende Erörterungen aller Denkmöglichkeiten zwischen Rasner und mir voraus. Vorgeschlagen wurden dabei einseitige, aber gleichlautende Erklärungen der Staatsregierungen. Ein von mir zunächst nachdrücklich angeregter zweiseitiger Minderheiten-Vertrag — der auch später in den offiziellen Verhandlungen zunächst noch nicht ganz fallen gelassen wurde — wurde von dänischer Seite aus zwei, im Grunde begreifbaren Einwänden, abgelehnt: für einen kleinen Staat sei es mißlich, einen Vertrag mit einem größeren abzuschließen. Man könne dabei erdrückt werden. Zum Zweiten: Deutschland habe schon

der Handhabung einer, wenn auch nicht formalrechtlichen und vertraglichen, aber doch praktischen und anwendbaren Gegenseitigkeit, wurde eine Lösung erzielt, die nach Überstimmendem Urteil zur weiteren Befriedung des deutsch-dänischen Grenzraums entscheidend beigetragen und den Grundstein zu gutnachbarlichen Beziehungen gelegt hat. Außerdem darf man ohne Übertreibung gerade heute darauf verweisen, daß sie hier eine sich im kulturellen Wettbewerb befindliche europäische Grenzregion entstehen ließ. Diese Politik hatte u. a. folgende Wirkungen:

1. Die 5%-Klausel für die dänische Minderheit bei Wahlen in Schleswig-Holstein entfiel fortan;
2. Die Zuschüsse für die dänischen Privatschulen wurden auf 80% der Kosten eines deutschen Schülers erhöht;
3. Die dänischen Lehrpläne wurden an deutsche Lehrpläne angeglichen, die weiterführenden dänischen Schulen erhielten dadurch das Examenrecht;
4. Die entsprechenden deutschen Schulen in Nordschleswig erhielten das 1946 aufgehobene Examenrecht wieder zugesprochen;
5. Das dänische Gymnasium in Flensburg, bisher mit einem in Dänemark anerkannten Abitur versehen, sowie das neu errichtete Deutsche Gymnasium in Apenrade, konnten in den folgenden Jahren ihre Abiturienten mit der Berechtigung entlassen, an den Hochschulen beider Länder zu studieren.

Für das dänische Privatschulwesen in Schleswig-Holstein wurde damit das politische Prinzip der Subsidiarität tragend. Es besagt: Der eigene Initiative hilft der Staat die Lasten zu tragen, ohne in die Belange, die Entscheidungen des Trägers hineinzureden. Ebenso verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen selbst leisten können. »In dem Maße, in dem der einzelne oder die Gliedgemeinschaft sich selbst helfen können, haben sie sowohl die Pflicht als auch das unentziehbare Recht dazu«. Die Ausübung dieses Rechts setzt voraus, daß die politische Verfassung der Gesellschaft und ihre Rechtsordnung die Bedingungen schaffen, die eine Gestaltung und Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte durch die Beteiligten gestatten und begünstigen. In diesem Sinne konnte und sollte die Bonner Erklärung die Rahmenbedingungen schaffen, innerhalb deren der dänischen Minderheit eine freie Gestaltung ihres kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens ermöglicht wurde.

Und es gab natürlich Schwierigkeiten in vielen Kreisen, auf dänischer wie deutscher Seite. In nationalen Kreisen Dänemarks gab es zum Beispiel die Befürchtung, daß das für die deutsche Minderheit angestrebte Ziel, dieser nationalen Aufgabe geben könnte, oder daß ein erster Schritt Dänemarks auf die europäische Ebene, weitere Dänemark verpflichtende Schritte nach sich ziehen könnte.

Das ist alles heute historische Vergangenheit. In diesen Bonn-Kopenhagener Erklärungen fanden nun die Prinzipien der Toleranz, Liberalität und Gegenseitigkeit in der Politik zweier Länder ihren konkreten Niederschlag. Und diese Tatsache führte zur Befriedung dieser Grenzregion und zu einem friedlichen Wettbewerb. Und ich wiederhole: Was sich in dieser Grenzregion bewährt, kann man ja vielleicht auch auf andere anwenden.

Für die dänische Minderheit und ihren deutschen Herbergsstaat bedeutet friedlicher Wettbewerb Partnerschaft und das Neben- und Mit-

einander zweier verschiedener Volkstumskreise, Partnerschaft und Wettbewerb im Grenzland bedeuten nicht die Beherrschung des einen durch den anderen oder das Aufgehen der Kultur der Minderheit in der des Herbergsstaates.

Welche Form der politischen Gemeinsamkeit ein zukünftiges Europa auch haben mag, es darf keine Gleichförmigkeit herrschen. In der Verschiedenheit unseres kulturellen Lebens, in der Verschiedenheit unserer politischen Tradition liegt die geistige Kraft, die einem künftigen Europa nützlich werden kann. So, wie in diesem Grenzraum auch in Zukunft dänisch und deutsch, also unterschiedliche Sprachen gesprochen werden, so werden auch im Rahmen dieser demokratischen Staatswesen zwar nicht in den Grundnormen, aber in Einzelheiten unterschiedliche Auffassungen gepflegt werden. Der damalige Ministerpräsident Dr. Lemke sagte auf einer Pressekonferenz am 24. September 1963: »Das Recht der Minderheit ist ein Recht der Selbstbestimmung. Jeder in unserem Lande soll frei bestimmen, welchem Kulturkreis er sich verbunden fühlt. Hieraus dürfen ihm nicht nur keine Nachteile erwachsen, sondern er soll nach dem Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung auch die gleichen bildungsmäßigen und wettbewerbsmäßigen Chancen haben. So, wie wir hierfür nicht aus Taktik, sondern aus Überzeugung eintreten, so bitten wir aber auch unsere dänischen Nachbarn um Verständnis und Mithilfe bei unserem Eintreten für das Recht auf Selbstbestimmung und

so wie wir es sehen — kann daher als Modell, als Muster auch für andere Regionen dienen. Das hier gefundene Modell könnte aber auch als Instrument für manch anderen Bereich weiterentwickelt werden, wie z. B. im Bildungsbereich, in dem Minderheiten eine wichtige Aufgabe zugewiesen werden könnten.

Schließlich ist es selbstverständlich, daß unsere industriell und wirtschaftlich schwach entwickelte Grenzregion der Hilfe des Staates und der Europäischen Gemeinschaft bedarf. Genauso wichtig ist aber auch das persönliche Engagement der Bewohner dieser Region in Verbänden, in Organisationen und der Politik und der Kontakt des einzelnen mit den anderen und der Organisation mit der anderen, um so auch als einzelner und auch als Verband ein wirkliches Bindeglied zu werden.

Demokratie ist Geben und Nehmen, ist Loyalität und Toleranz, aber nicht Durchsetzung eines absoluten Standpunktes, gelebte Demokratie ist immer die Forderung und Bereitschaft zum Kompromiß. Dies wurde in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen vor 25 Jahren in hohem Maße erfüllt. Die Qualität des damals Geschaffenen erkennt man daran, daß weder in der ersten Zeit der praktischen Anwendung dieser Dokumente, noch 25 Jahre danach von irgendeiner Seite Forderungen nach Revision der Erklärungen aufgetaucht sind.

Auf der Grundlage dieser Erklärungen haben einige europäische Parlamentskollegen und ich eine par-



DER FLENSBURGER CDU-Bundestagsabgeordnete Will Rasner hatte maßgeblichen Anteil am Erfolg der deutsch-dänischen Verhandlungen

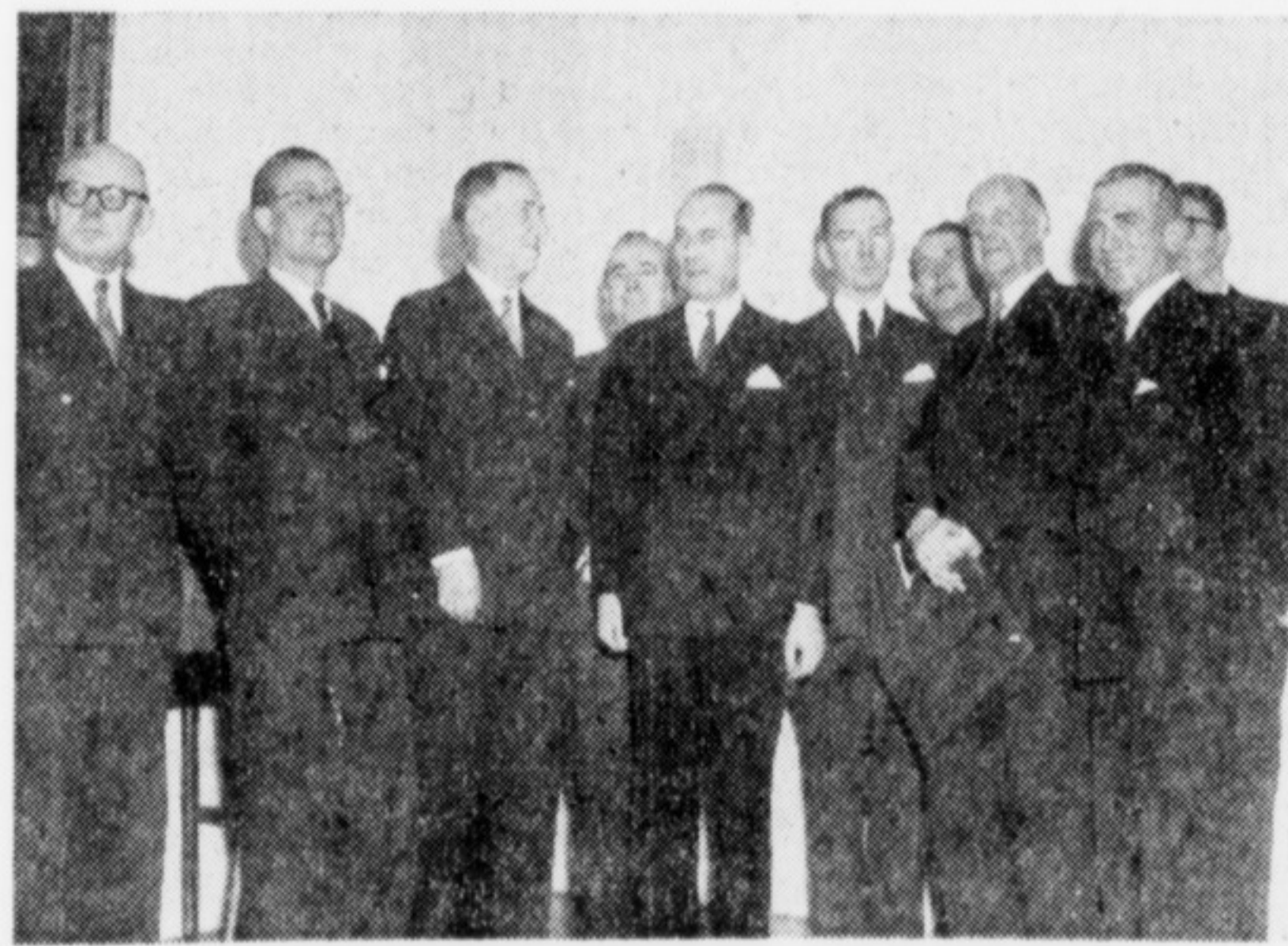
das Recht auf Heimat für das ganze deutsche Volk«.

Ziele aller politischen Bestrebungen im deutsch-dänischen Grenzraum muß es also bleiben, die Vielgestaltigkeit der Kultur, der Lebensweisen und der Nationalitäten zu erhalten und zu fördern. Daß bei diesem friedlichen Wettbewerb auch Gegensätze und Spannungen auftreten können, ist selbstverständlich, aber ganz sicher auch als positiv zu bezeichnen. Wichtig ist dabei, Formen der partnerschaftlichen Auseinandersetzung zu finden, die diese Gegensätze für beide Völker und ihre Minderheiten fruchtbar werden lassen.

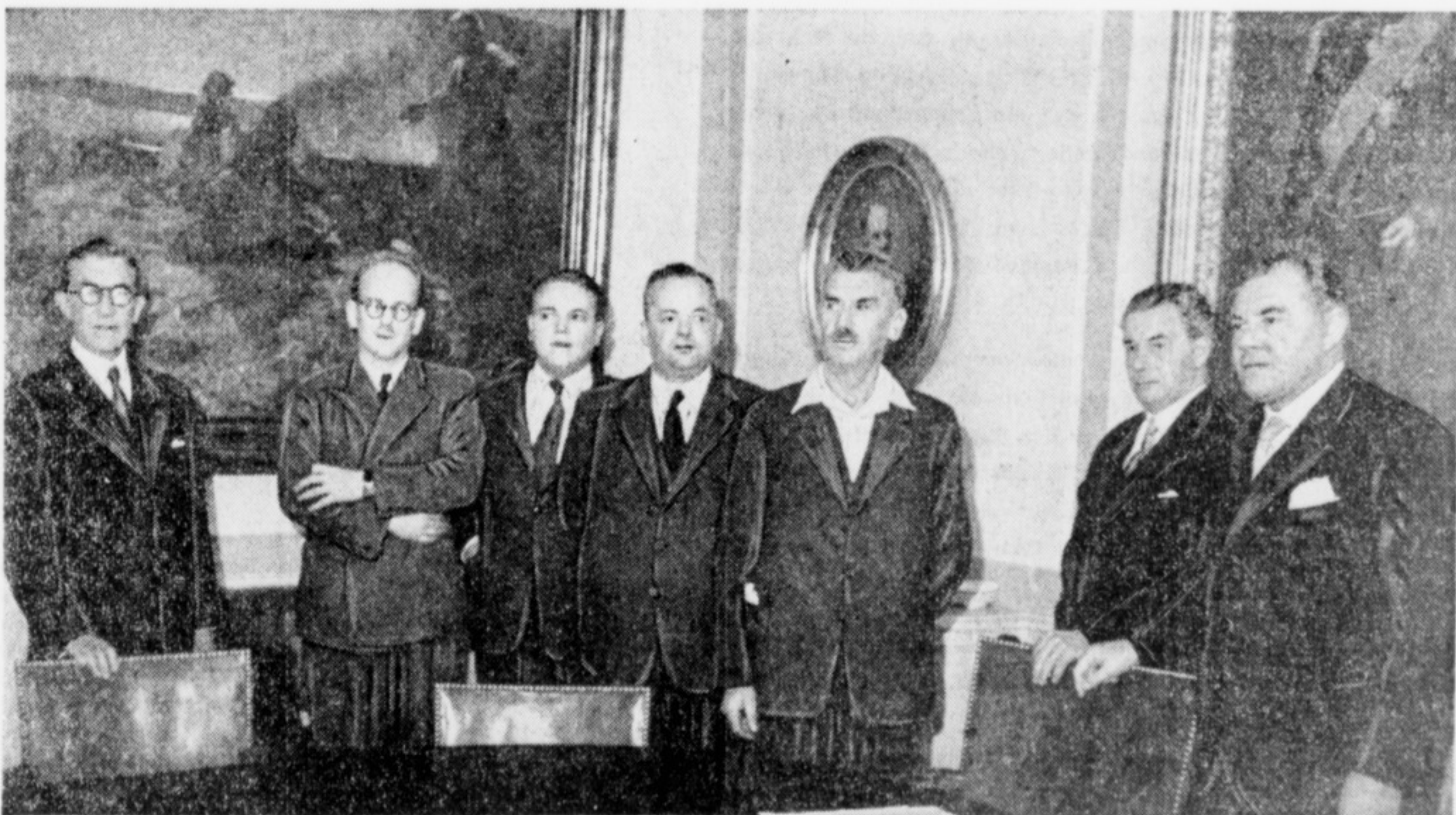
Minderheiten müssen bei der zukünftigen Gestaltung europäisch übergreifender Regionen ihre Rolle übernehmen. Das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen ohne Furcht vor einseitigen Einflüssen der jeweiligen Herbergsstaaten —

lamentarische Initiative eingeleitet, die europaweit das Thema aufgreifen soll, das wir hier in überschaubarer Region vor 25 Jahren gelöst haben. Ich möchte meine Auffassung deutlich machen: mir scheint die Zeit dafür reif, daß in Europa eine Konvention mit den Rechten und sonstigen Schutzbestimmungen zugunsten der Volksgruppen und sprachlichen Minderheiten geschrieben wird. Warum eigentlich könnte das hier geschaffene nicht auch für eine friedensstiftende Entwicklung in Irland gelten? Könnte es nicht vielleicht auch für die Westbank, für Jordanien und Samaria gelten?

Hier haben wir wirkliche Entspannung erreicht. Sie ermöglichte Partnerschaft. Sie war eine europäische Lösung, denn sie förderte die europäische Verständigung. Sie diente wahrhaft dem Frieden.



VOR DEN DEUTSCH-DÄNISCHEN MINDERHEITEN-VERHANDLUNGEN: von links Gesandter H. J. Hansen, Legationsrat Mühlenhoven, Botschafter Dr. Nöldke, Professor Fink, Direktor Nils Svenningsen, Botschafter Hvass, Direktor Kracht, Dr. Holz und die Sekretäre Bjerring und Knox



DIE DEUTSCHE MINDERHEIT erzielte 1949 bei Verhandlungen im Staatsministerium mit Staatsminister Hedtoft das sogenannte Kopenhagener Protokoll; auch ein erster Schritt auf dem Wege zu den Minderheiten-Erklärungen

Vier Empfehlungen der deutschen Minderheit

Beschlossen auf der außerordentlichen Delegiertenversammlung in Tingleff

Tingleff, 27. Februar. An der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger, die am Sonntagabend in Tingleff abgehalten wurde, nahmen über 200 Mitglieder, darunter 134 Delegierte und Hauptvorstandsmitglieder, teil. Die Versammlung, die aus Anlaß der am 28. Februar in Kopenhagen beginnenden deutsch-dänischen Verhandlungen über Minderheitenfragen einberufen worden war, stand ganz im Zeichen der politischen Linie, die das nordschleswigsche Deutschertum seit Jahren konsequent und zielbewußt befolgt hat und die darauf hinausläuft, auf der Grundlage der Gleichberechtigung im deutsch-dänischen Grenzland zu einer friedlichen und gesunden Ordnung zu gelangen, die dem Frieden an der Grenze und dem guten Nachbarschaftsverhältnis zwischen Deutschland und Dänemark dient. Man begrüßte es, daß man jetzt die erforderlichen Schritte getan hat, um auf der Ebene Bonn-Kopenhagen zu einer Lösung der offenen Fragen zu gelangen, die bisher

einer friedlichen Entwicklung im Wege stand. Man verband damit die Hoffnung, daß die beginnenden Verhandlungen ohne Rücksicht auf Ressentiments vergangener Zeiten geführt werden, und auch die Momente berücksichtigen, die zum Teil oder nur mittelbar die Rechtsstellung der Minderheiten als solche betreffen, aber für das Leben im Grenzland von großer Bedeutung sind. Nach einleitenden Referaten des Hauptvorsitzenden Hans Schmidt-Oxhöll, und des Leiters des Deutschen Sekretariats, Rudolf Stehr, wurden vier Punkte als Wünsche der Volksgruppe zur Aussprache vorgelegt, die von einem besonderen Minderheitenausschuß und vom Hauptvorstand ausgearbeitet worden sind. Die einzelnen Punkte gaben jeweils zu einer längeren, grundsätzlichen Debatte Anlaß, die mit einer Abstimmung abschloß. Alle vier Punkte wurden angenommen. Es handelt sich dabei — unter Verzicht auf Aufzählung der dazu gehörenden Detailfragen — um folgende vier Hauptpunkte:

1. Grundsatzklärung:

Empfohlen wird eine Erklärung für beide Minderheiten im Sinne einer Festlegung der Grundsätze, so wie sie etwa in der Kieler Erklärung, die noch zu überarbeiten wäre, enthalten sind. Die Kieler Erklärung würde demnach für die dänische Minderheit auf die Ebene Bonn verlagert und durch eine entsprechende Kopenhagener Erklärung für die deutsche Minderheit ergänzt. Dabei ist ein formeller Vertrag denkbar, aber nicht unbedingt erforderlich, weil z. B. auch sich entsprechende Grundsatzklärungen, gegebenenfalls in Verbindung mit einem Notenwechsel, ausreichend sein könnten.

2. Deutsch-dänischer Ausschuss:

Empfohlen wird die Schaffung eines deutsch-dänischen Gremiums, bestehend aus Vertretern der beteiligten Staaten und der Minderheiten zur Klärung von Fragen, die das Leben der Minderheiten sowie die Stellung der einzelnen Minderheitenangehörigen betreffen bzw. beeinflussen. Das Gremium müßte die Möglichkeit haben, Vorschläge an die beteiligten Regierungen zu leiten.

3. Examenrecht:

Empfohlen wird die unbeschränkte Einräumung des Rechts auf Examen für die Minderheiten unter den Bedingungen, wie sie bis 1945 in Nordschleswig gegeben waren.

4. Abwicklung der Nachkriegsfragen:

Der Bund deutscher Nordschleswiger ist der Auffassung, daß eine Befreiung von den Nachwirkungen der Sondergesetzgebung

des Jahres 1945 durch entsprechende dänische Maßnahmen ganz entscheidend für eine Befriedung und positive Entwicklung im Grenzland ist. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Wünsche hin, die von dem deutschen Abgeordneten im Folketing in seiner Programmrede vom 15. Oktober 1953 und in seiner Rede aus Anlaß der Debatte über den Schlußbericht der Parlamentarischen Kommission am 17. Februar 1955 der dänischen Regierung und dem Folketing vorgelegt worden sind.

156 für Minderheiten-Erklärung 145 für deutschen NATO-Beitritt

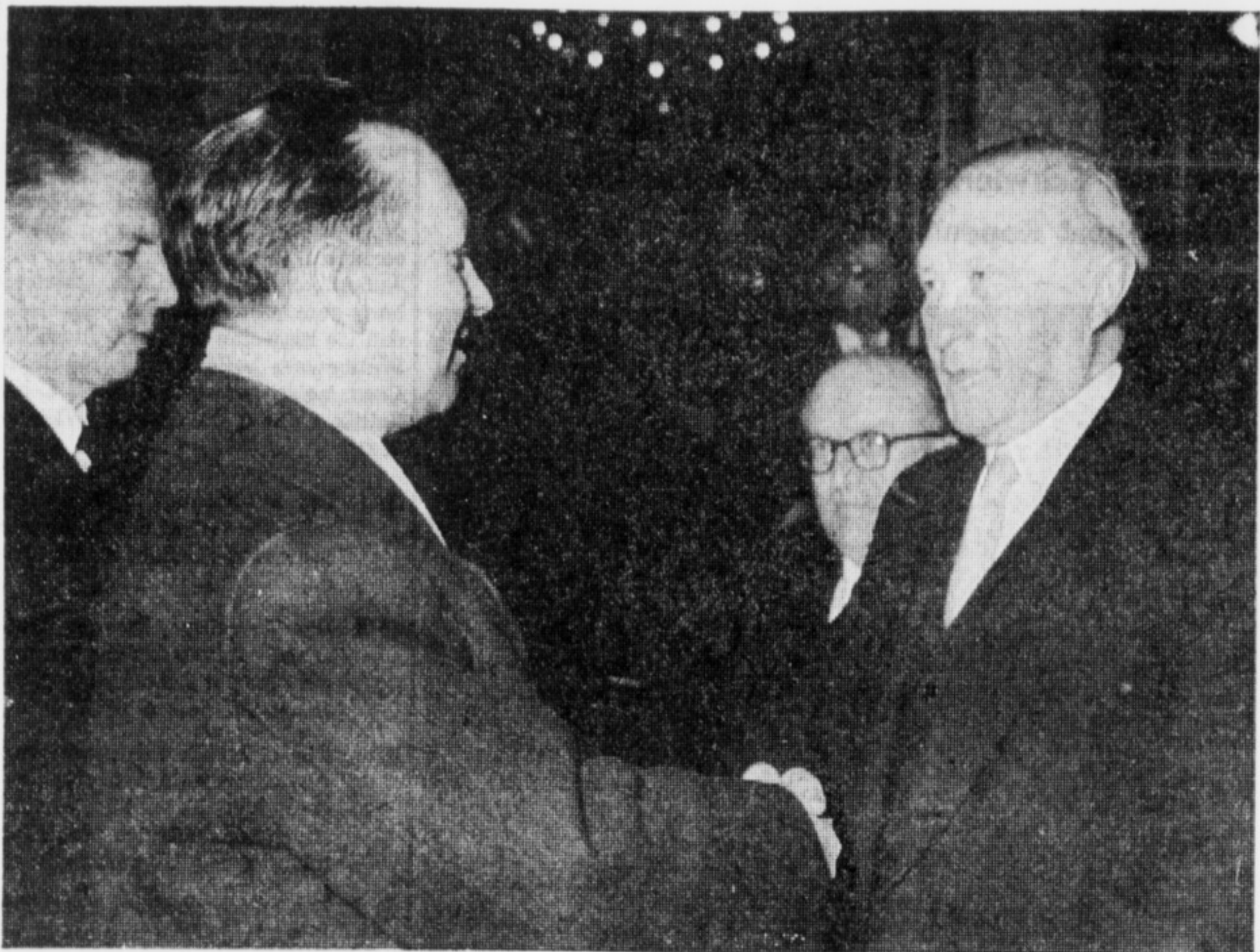
So entschied das dänische Folketing am 19. April über die Pariser Verträge und über die Rechte der deutschen Minderheit

Am 19. April hat das Folketing mit einer überwältigenden Mehrheit seine Zustimmung zur Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in der NATO erteilt. Für die Ratifizierung der Pariser Verträge stimmten 145 Abgeordnete, dagegen nur 24 und keiner enthielt sich der Stimme. Gleichzeitig nahm das Parlament mit noch größerer Mehrheit die Kopenhagener Minderheitenerklärungen für die deutsche Volksgruppe an. Dafür stimmten 156 Abgeordnete, dagegen nur 9, während sich drei der Stimme enthielten. Die beiden Folketingsbeschlüsse hatten damit Gesetzeskraft erlangt.

Bei der Beratung über die Kopenhagener Erklärung meldete sich nur der Kommunist Aksel Larsen zu Worte. Er schlug folgenden Tagesordnungsbeschuß vor: »Das Folketing erklärt, daß die Behandlung der deutschen Minderheit in südjütischen Landesteilen seitens Dänemarks einen solchen Charakter hat, daß sie eine Erklärung über die Rechte der deutschen Minderheit überflüssig macht.« Staats- und Außenminister H. C. Hansen ging sofort aufs Rednerpult, um namens der Regierung einen solchen Tagesordnungsbeschuß abzulehnen.

Der Vorschlag wurde denn auch prompt niedergestimmt. Nur 8 Abgeordnete stimmten dafür, nämlich die Kommunisten selbst. 151 Abgeordnete stimmten dagegen und zwei enthielten sich der Stimme. Auch hier entschied sich Hans Schmidt-Oxhöll für die Stimmenthaltung, um sich in eine interne dänische Angelegenheit nicht einzumischen. Von einem völlig anderen Gesichtspunkt her enthielt sich auch Frau Ingeborg Reislund Thomsen in diesem Falle der Stimme.

Danach kam es zur Abstimmung über die Kopenhagener Erklärung selbst. Selbstredend gehörte Schmidt-Oxhöll zu den 156 Abgeordneten, die für die Kopenhagener Erklärung stimmten. Bei den ablehnenden neun Stimmen befanden sich die acht anwesenden Kommunisten und die Stimme von Frau Reislund Thomsen. Die drei Stimmenthaltungen waren auf den konservativen Abgeordneten Clausen-Olufskjaer sowie auf die radikalen Abgeordneten Oluf Sten und Rager zurückzuführen.



HISTORISCHER HANDEDRUCK zwischen Bundeskanzler Adenauer und Staatsminister H. C. Hansen als Symbol der historischen Versöhnung zwischen den beiden Völkern durch die Minderheiten-Erklärungen von 1955

Die Minderheiten-Erklärungen von Kopenhagen und Bonn

ERGEBNISSE DER DEUTSCH-DÄNISCHEN BESPRECHUNGEN

Das Auswärtige Amt gibt bekannt: Die deutsch-dänische Besprechung über die Rechte der beiderseitigen Minderheiten haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

1. Die Bundesregierung legt dem Bundestag die beigefügte Erklärung über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit zur Billigung vor.
2. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß die im Bundeswahlgesetz vom 8. 7. 1953 (Bundesgesetzbl. I S 470) in § 9 Abs. 5 zu Gunsten der nationalen Minderheiten getroffene Regelung in das künftige Bundeswahlrecht übernommen wird.
3. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat die Bundesregierung davon unterrichtet, daß sie bereit ist:
 - a) darauf hinzuwirken, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag eine Ausnahmebestimmung von der 5%-Klausel in § 3 des Schleswig-Holsteinischen Landeswahlgesetzes zu Gunsten der dänischen Minderheit baldmöglichst beschließt;
 - b) die Zuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit in Zukunft wieder auf 80% der laufenden persönlichen und sachlichen Aufwendungen für einen Schüler der öffentlichen Volksschulen im Lande Schleswig-Holstein zu bemessen;
 - c) gemäß Ziffer XI des Erlasses des Landesministers für Volksbildung vom 7. 3. 1950 über die Regelung des Schulwesens der dänischen Minderheit auf Antrag die Errichtung von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen der dänischen Minderheit mit der Möglichkeit anerkannter Examen unter der Voraussetzung der Angleichung dieser Schulen an das deutsche Schulwesen zu gewähren.
4. Die Bundesregierung gibt im Einvernehmen mit der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung der Erwartung Ausdruck, daß alle beteiligten Stellen sich bemühen werden, die Rechte der Minderheit im Geiste der in Ziffer 1 genannten Erklärung zu achten und zu wahren.

- II. Die dänische Regierung legt dem Folketing die beigefügte Erklärung über die allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit zur Billigung vor.
2. Die dänische Regierung wird darauf hinwirken, daß § 4 des Gesetzes Nr. 412 vom 12. Juli 46, wie durch Gesetz Nr. 214 vom 7. Juni 1952 geändert, baldmöglichst aufgehoben wird. Die dänische Regierung ist bereit, auf Antrag die Errichtung von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen der deutschen Minderheit mit der Möglichkeit anerkannter Examen unter der Voraussetzung der Angleichung dieser Schulen an das dänische Schulwesen zu gewähren.
3. Die dänische Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß alle beteiligten Stellen sich bemühen werden, die Rechte der Minderheit im Geiste der in Ziffer 1 genannten Erklärung zu achten und zu wahren.
- Beim Abschluß der deutsch-dänischen Besprechungen haben der Herr Bundeskanzler und der Herr Ministerpräsident im Namen ihrer Regierungen nachfolgende Erklärungen abgegeben:

Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

In dem Wunsche, das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der deutsch-dänischen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark allgemein zu fördern und eingedenk der völkerrechtlichen Verpflichtung, welche die Bundesrepublik durch ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Konvention für Menschenrechte hinsichtlich der Verpflichtung zur Nichtdiskriminierung nationaler Minderheiten (Artikel 14) übernommen hat, erklärt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundsätze, auf welche die Schleswig-Holsteinische Landesregierung in ihrer Erklärung vom 26. 9. 1949 Bezug genommen hatte, folgendes:

1. Die Angehörigen der Minderheit genießen wie alle Staatsbürger die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 garantierten Rechte, insbesondere haben sie im Rahmen des Grundgesetzes folgende Rechte:
 1. Das Recht auf die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit,
 2. die Gleichheit vor dem Gesetz,
 3. die Glaubens- und Gewissensfreiheit,
 4. das Recht der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit,
 5. die Versamlungs- und Vereinsfreiheit,
 6. das Recht, den Beruf und den Arbeitsplatz frei zu wählen,
 7. die Unverletzlichkeit der Wohnung,
 8. die freie Gründung der politischen Parteien,
 9. den gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung; bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes darf zwischen Angehörigen der dänischen Minderheit und anderen Staatsbürgern kein Unterschied gemacht werden.
10. das allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlrecht, das auch für die Landes- und Kommunalwahlen gilt,
11. das Recht, bei Verletzung von Rechten durch die öffentliche Gewalt den Schutz der Gerichte anzurufen,
12. das Recht auf gleiche Behandlung, nach dem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden darf.

- II. In Ausführung dieser Rechtsgrundsätze wird hiermit festgestellt:
 1. Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.
 2. Angehörige der dänischen Minderheit und ihrer Organisationen dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort und Schrift nicht behindert werden. Der Gebrauch der dänischen Sprache vor den Gerichten und Verwaltungsbehörden bestimmt sich nach den diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften.
 3. Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, dürfen Angehörige der dänischen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern nicht unterschiedlich behandelt werden.
 4. Das besondere Interesse der dänischen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen

Verbindungen mit Dänemark zu pflegen, wird anerkannt.

III. Die Bundesregierung gibt zur Kenntnis, daß die Landesregierung Schleswig-Holstein ihr mitgeteilt hat:

1. Da das Verhältnisverfahren gemäß der Kommunalgesetzgebung bei der Einsetzung von Ausschüssen in den kommunalen Vertretungskörperschaften Anwendung findet, werden die Vertreter der dänischen Minderheit zur Ausschlußarbeit im Verhältnis zu ihrer Anzahl herangezogen.
2. Die Landesregierung empfiehlt, daß die dänische Minderheit im Rahmen der jeweils geltenden Regeln für die Benutzung des Rundfunks angemessen berücksichtigt wird.
3. Bei öffentlichen Bekanntmachungen sollten die Zeitungen der dänischen Minderheit angemessen berücksichtigt werden.
4. Im Lande Schleswig-Holstein können allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch solche mit fachlicher Ausrichtung) sowie Kindergärten von der dänischen Minderheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden. In Schulen mit dänischer Unterrichtssprache ist ein zureichender Unterricht in deutscher Sprache zu erteilen. Eltern und Erziehungsberechtigte können frei entscheiden, ob ihre Kinder Schulen mit dänischer Unterrichtssprache besuchen sollen.

DÄNISCHE BEKANNTMACHUNG NR. 24 VOM 7. JUNI 1955

(Quelle: Lovtidende 1955 C S. 91 f.) Deutsche Übersetzung (außer Einleitungs- und Schlußsatz): Bundesanzeiger Nr. 63 vom 31. März 1955 S. 5.

Bekanntmachung betreffend die allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit.

Der Ministerpräsident und Außenminister hat am 1. April 1955 im Namen der Regierung dem Folketing nachstehende Erklärung über die allgemeinen Rechte vorgelegt, die den zur deutschen Minderheit in den südjütischen Landesteilen gehörenden Personen zustehen:

In dem Wunsche, das friedliche

Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der deutsch-dänischen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland allgemein zu fördern und bezugnehmend auf Artikel 14 der Europäischen Konvention für Menschenrechte, gemäß welchem die durch diese Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten sichergestellt werden sollen ohne Diskriminierung bezüglich der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, erklärt die Königlich Dänische Regierung zur Bestätigung der für diese Minderheit bereits geltenden Rechtsgrundsätze - wie sie auch in der vom damaligen dänischen Ministerpräsidenten Hans Hedtoft an Vertreter der deutschen Minderheit in Nordschleswig am 27. Oktober 1949 abgegebenen Erklärung (dem sogenannten Kopenhagener Vermerk) niedergelegt sind - folgendes:

- I. Nach dänischem Recht - dem Grundgesetz des Königreichs Dänemark vom 5. Juni 1953 und sonstiger Gesetzgebung - genießt jeder Staatsbürger und somit auch jeder Angehörige der deutschen Minderheit ohne Rücksicht auf die von ihm benutzte Sprache folgende Rechte und Freiheiten:
 1. Das Recht auf die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit,
 2. die Gleichheit vor dem Gesetz,
 3. die Glaubens- und Gewissensfreiheit,
 4. das Recht der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit,
 5. die Versammlungsfreiheit und Vereinsfreiheit,
 6. das Recht, den Beruf und den Arbeitsplatz frei zu wählen,
 7. die Unverletzlichkeit der Wohnung,
 8. die freie Gründung der politischen Parteien,
 9. den gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung, d. h., daß bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes zwischen Angehörigen der deutschen Minderheit und anderen Staatsbürgern kein Unterschied gemacht werden darf,
 10. das allgemeine, unmittelbare, gleiche, freie und geheime Wahlrecht, das auch für die Kommunalwahlen gilt,
 11. das Recht, den Schutz der Gerichte anzurufen, wenn er sich durch die öffentliche Gewalt in

- seinen Rechten als verletzt ansieht,
12. das Recht auf gleiche Behandlung, nach dem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf.
- II. In Ausführung dieser Rechtsgrundsätze wird hiermit festgestellt:
 1. Das Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zur deutschen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.
 2. Angehörige der deutschen Minderheit und ihre Organisationen dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort und Schrift nicht behindert werden. Der Gebrauch der deutschen Sprache vor den Gerichten und Verwaltungsbehörden bestimmt sich nach den diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften.
 3. Allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch mit fachlicher Ausrichtung) sowie Kindergärten können von der deutschen Minderheit gemäß dem in Dänemark geltenden Grundsatz der Unterrichtsfreiheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden.
 4. Da das Verhältniswahlrecht gemäß der Kommunalgesetzgebung bei der Einsetzung von Ausschüssen in den kommunalen Vertretungskörperschaften Anwendung findet, werden die Vertreter der deutschen Minderheit zur Ausschlußarbeit im Verhältnis zu ihrer Anzahl herangezogen.
 5. Die dänische Regierung empfiehlt, daß die deutsche Minderheit im Rahmen der jeweils geltenden Regeln für die Benutzung des Rundfunks angemessen berücksichtigt wird.
 6. Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, wird keine unterschiedliche Behandlung der Angehörigen der deutschen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern stattfinden.
 7. Bei öffentlichen Bekanntmachungen sollen die Zeitungen der deutschen Minderheit angemessen berücksichtigt werden.
 8. Das besondere Interesse der deutschen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Deutschland zu pflegen wird anerkannt.

Das Folketing hat dieser Erklärung mit Beschluß vom 19. April 1955 seine Zustimmung gegeben.



DER DEUTSCHE BOTSCHAFTER in Kopenhagen, Georg-Ferdinand Duckwitz (mit Brille), hat aufgrund seines Einsatzes während der Besetzung Dänemarks zur Rettung der dänischen Juden eine wichtige Rolle bei den deutsch-dänischen Gesprächen gespielt

Wortlaut des Notenwechsels veröffentlicht

Bonn, 11. Feb. Das Auswärtige Amt in Bonn hat gestern den Wortlaut der beiden Noten bekanntgegeben, die zwischen der Bundesregierung u. der dänischen Regierung über das deutsch-dänische Grenzlandproblem in den letzten beiden Wochen ausgetauscht worden sind.

Die deutsche Note lautete: »Die Bundesregierung hat die Ausweisungen des Landeswahlrechts in Schleswig-Holstein aufmerksam verfolgt. Anlaßlich der Beantwortung der großen Anfrage der Fraktion der SPD, betreffend nationales Minderheitenrecht, hat sie in der 58. Sitzung des deutschen Bundestages am 8. Dezember 1954 den Wunsch ausgesprochen, daß es der Landesregierung von Schleswig-Holstein gelingen möge, eine alle Teile zufriedenstellende Lösung der Frage einer parlamentarischen Vertretung der dänischen Minderheit zu finden. Die Bemühungen der Landesregierung, in Beratungen mit Vertretern der dänischen Minderheit zu einer vorläufigen Regelung dieser Frage zu kommen, haben bisher zu einem Erfolg nicht geführt. Andererseits hat der königlich dänische Außenminister H. C. Hansen auf der NATO-Rats-Tagung am 22. Oktober 1954 die dänischen

Gesichtspunkte in der Südschleswigfrage vorgetragen und die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers auf diese Frage gelenkt. Die Bundesregierung glaubt daher, der königlich dänischen Regierung vorschlagen zu sollen, zu überprüfen, ob die Probleme der nationalen Minderheiten beiderseits der Grenze der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs Dänemark den Gegenstand zwischenstaatlicher Besprechungen mit dem Ziel bilden sollten, die Rechte der Minderheiten in geeigneter und noch zu vereinbarenden Weise festzustellen. In dem Bestreben, das gute nachbarliche Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark weiter zu vertiefen, hält die Bundesregierung solche Verhandlungen für nützlich und würde es besonders begrüßen, wenn sie bereits in naher Zukunft aufgenommen werden könnten.«

Die dänische Antwort hatte folgenden Wortlaut:

»Der Vorschlag der Bundesregierung ist einer sorgfältigen Prüfung durch die königlich dänische Regierung und die übrigen zuständigen diesseitigen Instanzen unterzogen worden. Anlaßlich dieser Prüfung

Was „Der Nordschleswiger“ vor 25 Jahren schrieb ...

Eine Zwischenbilanz

... am 15. Januar 1955 von Jes Schmidt

S. In den letzten Monaten ist das Gespräch über die endgültige Regelung der Minderheitenprobleme im deutsch-dänischen Grenzgebiet in Fluß geraten. Vermutlich sind wir sogar an einem Kreuzweg angelangt, von dem aus der eine Weg zu einer dauerhaften und friedlichen Lösung und der andere zur Fortsetzung eines fruchtlosen Kleinkriegs führt, der im schreienden Gegensatz zu der lebensnotwendigen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark steht. Als Mitglieder des Atlantikpaks sind Deutschland und Dänemark darauf angewiesen, alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die einer guten, nachbarlichen Entwicklung entgegenstehen. Und es ist richtig, wenn Ole Björn Kraft in dieser Verbindung in Odense erklärte, alle Staaten müßten bereit sein, einen Beitrag zu einem guten Nachbarverhältnis zu leisten, auch Dänemark. Die völlig neue großpolitische Situation fordert unseres Erachtens von beiden Staaten allerdings mehr als nur einen Beitrag, sie verlangt von beiden Partnern auch die Bereitschaft auf gewisse, sozusagen als Tradition übernommene nationale Gefühle und Vorstellungen zu verzichten, die in den Tagen des Nationalitätenkampfes angebracht sein mochten, heute aber vor den gemeinsamen Notwendigkeiten zurücktreten müssen. Es gilt, wie wir oft an dieser Stelle hervorgehoben haben, nicht nur das Trennende zu sehen, sondern vor allem das Gemeinsame zu suchen. Und das Gemeinsame ist nicht nur, daß deutsche und dänische Soldaten in kurzer Zeit Schulter an Schulter in der westlichen Verteidigungsgemeinschaft zusammenstehen müssen.



Jes Schmidt

Schlag in den Ausschüssen in Bonn beendet ist. In Kopenhagen richtet man sich schon, wie aus den Meldungen der letzten Tage hervorgeht, auf Verhandlungen ein, ja, man erwartet anscheinend dringend die Bonner Initiative.

Daneben laufen die Verhandlungen zwischen der Landesregierung in Kiel und den Vertretern der dänischen Minderheit. Es handelt sich

dabei nicht nur um die Aufhebung der 5-Prozent-Klausel, sondern auch um eine Reihe anderer Probleme, wie z. B. die staatliche Unterstützung des dänischen Minderheitenschulwesens. Am 29. Dezember schlug Ministerpräsident von Hassel den SSW-Sprechern überdies einen Minderheitenbeirat vor, der ihnen die Möglichkeit gegeben hätte, an der Gesetzgebung und an der Verwaltung im Lande teilzunehmen. Der SSW hat den Beirat am 13. Januar abgelehnt, obgleich es sich, wie ausdrücklich von der Landesregierung betont wurde, um eine Übergangslösung handelte. Ob das dänische Nein in dieser Frage weise ist, möchten wir sehr bezweifeln. Aber immerhin erkennt man die Bemühungen der Landesregierung um die Schaffung einer tragbaren Lösung an.

Auch in Dänemark begann man sich in letzter Zeit zu regen. Man erinnerte sich daran, daß es nicht nur südlich der Grenze eine Wahlklausel, sondern nördlich der Grenze auch eine Examenklausel gibt. Am 6. Januar sprach Unterrichtsminister Julius Bomholt, der jetzige Grenzlandschaftsverständige der Regierung Hedtoft, das Problem, wenn auch sehr zaghaft, an. Er nahm dabei einen Vorbehalt, den wir als sehr ernst, ja als verhängnisvoll bezeichnen möchten. Er

machte die Aufhebung der Examenklausel u. a. von der Zustimmung der dänischen Bevölkerung Nordschleswigs abhängig. Auf deutsche Verhältnisse übertragen würde das bedeuten, daß die Lösung Wahlklausel von der Zustimmung der deutschen Bevölkerung Südschleswigs abhängig gemacht werden müßte. Nicht Recht und Billigkeit einer Minderheit gegenüber, sondern Zustimmung oder Ablehnung der Mehrheit sollten in einer Minderheitenfrage ausschlaggebend sein. Eine solche Argumentation ist natürlich unheilvoll, denn sie könnte zu einer verheerenden Verhärtung der Situation zu beiden Seiten der Grenze führen.

Zieht man heute eine Zwischenbilanz, dann ergibt sich vor allem daraus, daß man sich in Dänemark zu einer klareren Stellungnahme zum Examenwunsch der deutschen Minderheit in Nordschleswig aufschwingen muß. Wenn Ole Björn Kraft davon sprach, daß Dänemark auch einen Beitrag zum guten Nachbarverhältnis leisten müßte, dann gehört die Bewilligung des Examenrechts für die deutschen Schulen in Nordschleswig dazu. Man kann nicht andauernd von der Wahlklausel sprechen und gleichzeitig die Examenklausel nördlich der Grenze dilatorisch behandeln.

Festlicher Tag in Bonn

... am 30. März 1955 von Ernst Siegfried Hansen



Ernst Siegfried Hansen

Wehe, die es angezeigt sein läßt, nicht daran zu rütteln.

Aber warum sollte man auch daran rütteln. Die parallelen Grundsatzserklärungen in Bonn und Kopenhagen legen die Freiheitsrechte der beiden Minderheiten in unangreifbarer Weise fest, und sie beenden den leidigen Streit um »Kielser Erklärungen« und dem inzwischen allseitig übernommenen »Kopenhagener Protokoll«. Von großer psychologischer Bedeutung ist es zweifellos, daß durch die Parallelität nun die völlig gleiche Ebene hergestellt ist. Jeder Gedanke an diskriminierende Züge, die sowohl der »Kielser Erklärung« als auch dem »Kopenhagener Protokoll« nach deutscher Seite hin anzuhaften schienen, ist verschwunden. Die Demokratie als solche, deren Grundlag die keine nationale, sondern eine absolute Größe ist, findet hier ihren minderheitenpolitischen Niederschlag. Wonach es darauf ankommt, sich über die praktische Deutung nicht in die Haare zu geraten, sondern diese Prinzipien anzuwenden — zu beiden Seiten der Grenze.

Unter dem Generalnamen der parallelen Grundsatzserklärungen ist plötzlich die ganze Rechnung aufgegangen, soweit sie zur Debatte gestellt werden konnte. Man konnte das schon während des ersten Abschnittes der Minderheitenverhandlungen in Kopenhagen feststellen: Dreieinhalb Tage brauchte man, bis man sich über den Generalnamen einigte, anderthalb Tage nur, um alle in dieser Verbindung angeschnittenen Fragen in Form zu bringen. Die großen Irritationsmomente wie die Klauselfrage einerseits und die Examenklausel andererseits verloren ihre Schrecken, es breitete sich eine heitere Stimmung unter den Delegierten aus, und es gab kaum noch etwas, worüber man nicht mit Aussicht auf Übereinstimmung reden konnte. Die Lösungen, die mit den parallelen Grundsatzserklärungen verbunden sind, sagen darüber genug aus, und die Lösungen, die man für die weitere Zukunft erwarten kann, werden darüber noch mehr aussagen.

Sollten wir uns in Anbetracht dieser erfreulichen Umstände in die Schmelke zurückziehen, wie manche dänische Kreise in Nordschleswig es tun? Keineswegs: Die deutsche Minderheit ist seit der Gründung des Bundes deutscher Nordschleswiger am 22. November 1945 stets mit Energie für positive Lösungen eingetreten und hat bis in die unmittelbare Gegenwart hinein manche der Voraussetzungen und Grundlagen entwickelt, die zu diesem festlichen Tage in Bonn geführt haben. Wenn sie sich auch keinen Zweifeln darüber hingibt, daß die Zukunft noch Schwierigkeiten genug bringen wird, so kann sie doch aus vollem Herzen an der festlichen Stimmung teilnehmen, die in Bonn eingekehrt ist, weil dem freundschaftlichen Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark durch das Ergebnis der Minderheitenverhandlungen ein so großer Dienst erwiesen worden ist.

Denn das ist klar: Die Sympathie, die in der Bundeshauptstadt dem dänischen Regierungschef und Außenminister entgegenschlägt, ist nicht gestellt, sie ist echt. Es ist das Ergebnis verhängnisvoller Großmachtkämpfe in der Vergangenheit, daß das deutsche Volk sich mit besonderem Interesse den kleineren Ländern zuwendet, die es mit sich selbst leichter haben und auf die Handel der Welt verzichten. In Herzklichkeit mit Ländern wie Dänemark verbunden zu sein, ist zweifellos ein wirkliches Anliegen d. Deutschen Anno 1955. Den beiden Minderheiten fällt dabei die Rolle von Vermittlern zu, nicht die Rolle der Spaltplätze. Und dürfen wir nicht von der deutschen Minderheit sagen, daß sie, aus Erfahrung klug geworden, diese gespielt hat? Zeigen nicht die letzten zehn Jahre, daß sie es tun kann, ohne an dieser Aufgabe zu zerbrechen? Das glauben wir sagen zu können.



DER BERÜHMTE BESUCH von Staatsminister H. C. Hansen 1955 in Bonn; Beginn einer historischen Klärung im deutsch-dänischen Grenzland. Unser Bild zeigt den dänischen Regierungschef zusammen mit Konrad Adenauer bei Bundespräsident Theodor Heuss

Magna Charta der Minderheiten

... am 31. März 1955 von Ernst Siegfried Hansen

Hn. Es geht nun Schlag auf Schlag: Am Donnerstag verhandelt der schleswig-holsteinische Landtag über die grenzpolitische Lage, die nach dem Abschluß der Minderheitenverhandlungen vorliegt, und am Freitag wird dem dänischen Folketing die Grundsatzserklärung über die Rechte der deutschen Minderheit vorgelegt, der ein entsprechendes Dokument im Bundestag folgen wird. Im Laufe kurzer Zeit werden nicht nur die wichtigen Fragen gelöst sein, die von den Verhandlungsdelegationen geklärt wurden, sondern die beiden Minderheiten werden auch über eine Magna Charta verfügen: Die deutsche Minderheit über eine »Kopenhagener Erklärung«, die dänische Minderheit über eine »Bonner Erklärung«.

In den Empfehlungen der beiden Delegationen, die gleichzeitig mit dem feierlichen Akt im »Palais Schaumburg« zu Bonn der Öffentlichkeit übergeben wurden, gibt es jeweils einen Schlußsatz, der einer besonderen Beachtung wert ist. Jede Delegation empfiehlt ihrerseits, daß die für sie zuständige Regierung einer Erwartung Ausdruck geben möge, der Erwartung nämlich, daß alle in Betracht kommenden Instanzen bestrebt sein würden, die Rechte der jeweiligen Minderheit zu achten und zu schützen in Übereinstimmung mit einerseits dem Geist des dänischen Grundgesetzes, andererseits dem Geist der deutschen Verfassung. Es ist hier also die Praxis, die anklingt, die Praxis, die von dem guten Willen aller Beteiligten abhängt.

Es wird auffallen, daß in der Formulierung dieser Empfehlungen sehr behutsam verfahren worden ist. Die deutsche Delegation empfiehlt »ihrerseits«, die dänische Delegation empfiehlt »ihrerseits«, und beide Delegationen empfehlen nur »ihrerseits«. Obgleich die Prinzipien, die in den Empfehlungen zugrunde gelegt sind, sich genau entsprechen, ja, oft selbst der Wortlaut fast übereinstimmt, ist außerordentliches

Geist darauf gelegt worden, daß es sich um voneinander unabhängige Parallelerklärungen handelt, wo der eine dem anderen nichts vorzuschlagen hat, wenn sich beide auch einig sind, das gleiche vorzuschlagen. Hier hat die dänische Abneigung gegen die Vertragsform ihren Niederschlag gefunden.

So tritt auch der Geist, der bestschritten wird, in doppelter Gestalt auf: Als Geist jeweils des deutschen und des dänischen Grundgesetzes. Man soll sich davon nicht beirren lassen, denn es ist ein und derselbe Geist, der Geist echter Demokratie, übertragen auf das Leben und Wirken zweier nationaler Minderheiten. Auch soll man nicht gering achten, daß dieser Geist beschworen wird. In der Tat liegt hier der Ansatzpunkt zur Lösung der Fragen, die im Grenzland Schleswig immer wieder auftauchen werden, weil es das Leben selbst ist, das sich immer wieder geltend macht, wo die beiden Kulturkreise und Nationen einander von Mensch zu Mensch begegnen.

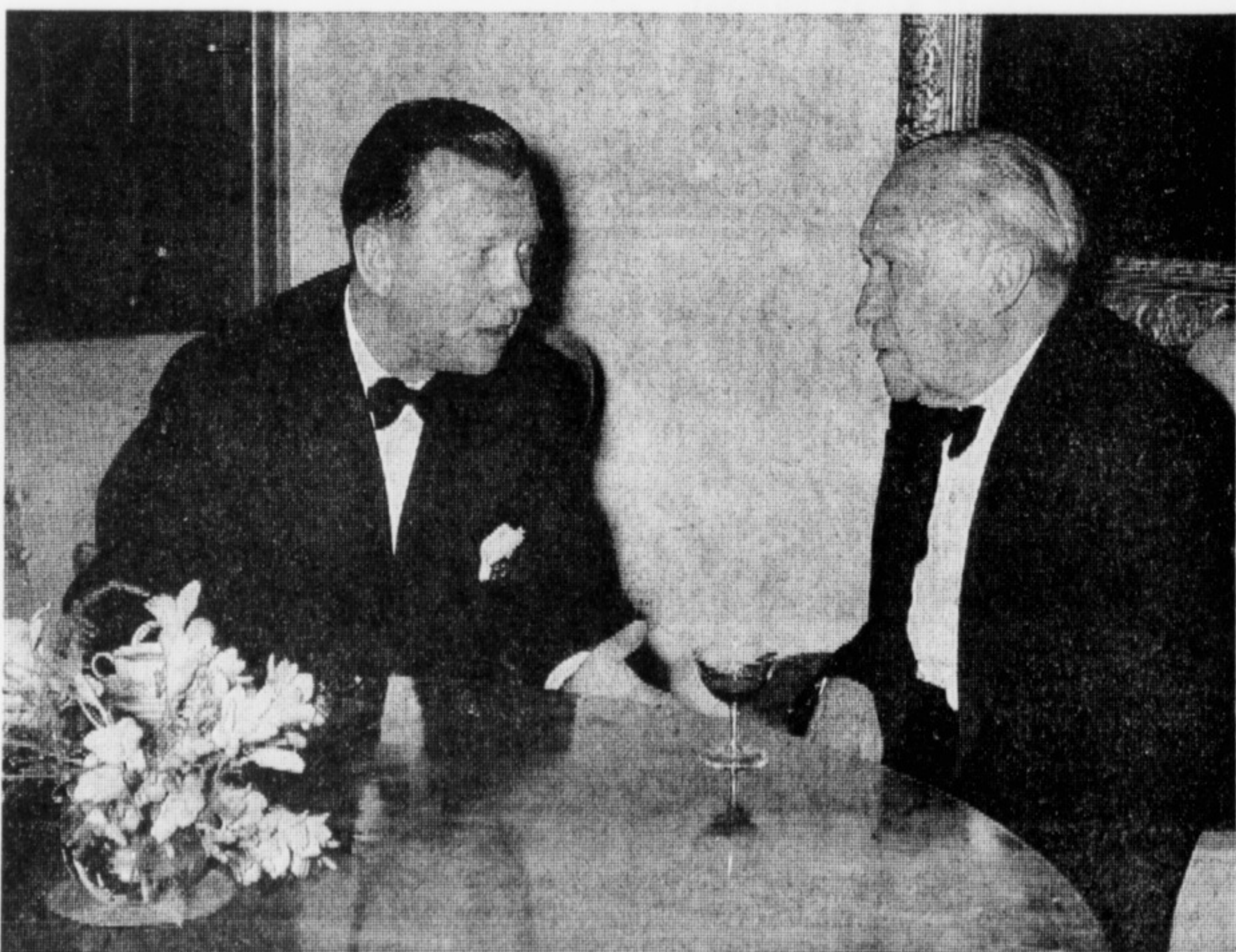
Deshalb ist es auch eine irrtümliche Auffassung, wie es zuweilen geschieht, die Empfehlungen gegeneinander abzuwägen, wie man zwei Goldmünzen gegeneinander abwägt. Die Delegationen hatten nicht den Auftrag, einen politischen Handel abzuschließen, sondern eine tragfähige Grundlage für das Leben der beiden Minderheiten und zur Bereinigung der gegenseitigen Spannungen zu finden. Es ist klar, daß ihnen auf diesem Wege entscheidende praktische Hindernisse begegneten, die sich bei gleicher Gelegenheit beiseitigten. Entscheidend aber war das nicht: Entscheidend war die Schaffung einer besseren Atmosphäre, eines milderen Klimas zwischen Königsau und Eider, damit die stikige Luft der ersten Nachkriegszeit endgültig beseitigt werden könne.

Stellt man dies fest, so sagt man damit zugleich, daß die Lösung weiterer Fragen nicht etwa ausgeschlossen wäre, nur weil sie in den Empfehlungen nicht ausdrücklich angeführt sind. Keineswegs. Im Gegenteil dürfte feststehen, einmal,

daß die Erörterungen während der Minderheitenverhandlungen ein weites Feld betreten haben, und zum anderen, daß es geradezu als eine Konsequenz der neuen Lage anzusehen ist, wenn solche Fragen in absehbarer Zeit von dem jeweils zuständigen Staat bereinigt werden. Entsprechende Wünsche der beiden Minderheiten werden jedenfalls vor einem völlig veränderten Hintergrund gestellt werden können — und mit umgleich größerer Aussicht auf praktischen Erfolg.

Das wird nun freilich nicht die beiden Minderheiten — oder eine von ihnen — veranlassen dürfen, plötzlich einen Fächer von Forderungen auszubreiten. Was die deutsche Minderheit in Nordschleswig betrifft, so ist das Programm zur Beseitigung noch bestehender Härten und Schwierigkeiten bekannt, das sie dem für sie zuständigen Staat Dänemark längst und immer wieder unterbreitet hat. Es ist ein sachliches Programm, das zu keinem Zeitpunkt von den verantwortlichen Persönlichkeiten in leidenschaftlicher oder gar demagogischer Weise vertreten worden wäre. Wenn hier von »Protestereien« auf gar keinen Fall gesprochen werden kann, so möchten wir hoffen, daß auch solche Vertreter der dänischen Minderheit auf diese »Protestereien« verzichten, die dazu neigen.

Freilich: Der Geist, der nun im schleswigischen Grenzland regieren soll, ist begrifflich zu verstehen, nicht bildlich: Es ist nicht etwa über Nacht ein Geist aufgetaucht, der alles zu verschrecken vermöchte, was uns bisher so viel Kummer gemacht hat, gleichsam wie durch Zauberei, die Aufgabe, damit fertig zu werden — von einem Tag zum anderen — ist den Menschen in diesem Grenzland selbst auferlegt. Aber daß sie es in vertraglicher Weise und unter Betonung des Gemeinsamen tun können, dazu sollten die Vereinbarungen, die in Kopenhagen vorbereitet und in Bonn unterzeichnet wurden, in entscheidender Weise beitragen können, selbst wenn sie keine Vereinbarungen sein dürfen.



ADENAUER UND H. C. HANSEN im vertraulichen Gespräch



GROSSER BAHNHOF für den dänischen Staatsminister bei seiner Ankunft



DIE BEIDEN REGIERUNGSCHEFS mit ersten Erklärungen auf dem Bonner Flugplatz Wahn

Auch ein Ergebnis der Minderheiten-Erklärungen...



Bundespräsident Walter Scheel besuchte im vergangenen Jahr die deutsche Volksgruppe; unser Bild zeigt das deutsche Staatsoberhaupt zusammen mit Königin Margrethe II. und Prinz Henrik.



H. C. HANSEN benutzte seinen Aufenthalt in Bonn auch zu Gesprächen mit deutschen Journalisten; unser Bild mit Egon Bahr, dem späteren Bundesminister und heutigen SPD-Bundesgeschäftsführer

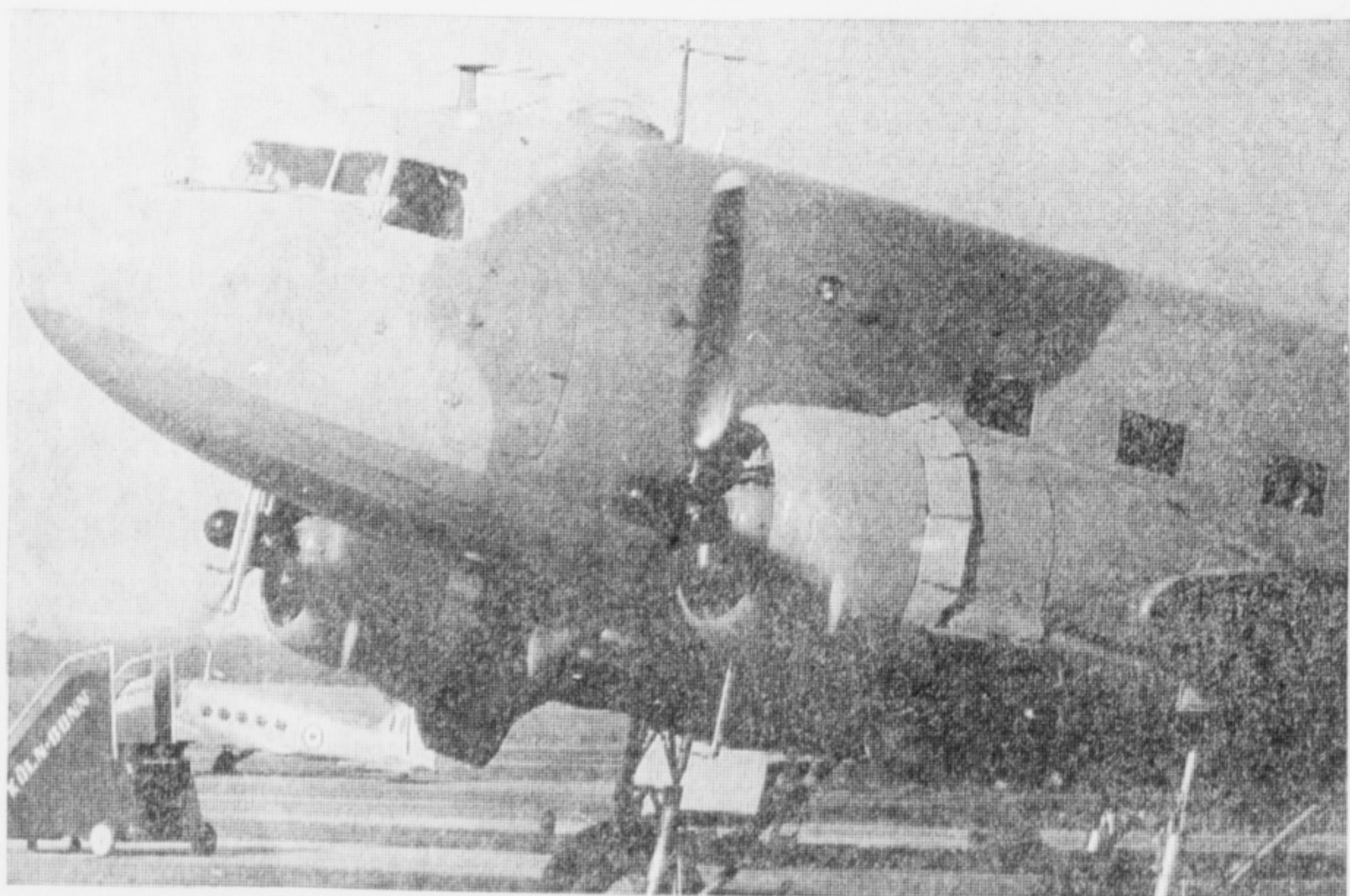
Bundeskanzler Helmut Schmidt und Staatsminister Anker Jørgensen in Sonderburg Gast der deutschen Volksgruppe



Bundeskanzler Willy Brandt und Staatsminister Jens Otto Krag besuchten die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig



STAATSMINISTER H. C. HANSEN dankt Bundeskanzler Konrad Adenauer für seine Verdienste um eine Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern



MIT DIESER MASCHINE flog Staatsminister H. C. Hansen nach Bonn — heute ein Museumsstück ...